

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 32.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprechnummer 4423.

Düsseldorf, 10. August 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nden, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Der VI. internationale Kongress christlicher Textilarbeiterorganisationen.

Wien, den 1. August 1912.

Es war in Wien das sechste Mal, daß die Vertreter der christlichen Textilarbeiterorganisationen mehrerer Länder zu einem internationalen Kongress zusammentraten. Man darf behaupten, daß sich die Wiener Tagung vom 28. Juli bis 1. August würdig ihren Vorgängerinnen anschloß, ja, sie in manchen Beziehungen sogar noch übertraf. Die Kongressverhandlungen selbst ergaben eine ganze Reihe äußerst wichtiger Anregungen und Beschlüsse für unsere Textilarbeiterbewegung; aber auch der äußere Rahmen der Tagung hat durch die vielen Aufwendungen und das Geschick unserer österreichischen Kollegen einen ihrer Bedeutung entsprechenden durchaus würdevollen Ausdruck erhalten.

Der Kongress hat die weitgehendste Beachtung der Öffentlichkeit gefunden. Das geht zunächst daraus hervor, daß sich Vertreter der verschiedensten ausländischen großen Zeitungen bei der Kongressleitung als Berichterstatter angemeldet hatten. Infolge sehr schlechter Erfahrungen bei ähnlichen früheren Anlässen sah sich die Kongressleitung jedoch gezwungen, die einzelnen Berichterstatter abzulehnen und die Berichterstattung selbst in die Hand zu nehmen, bzw. sie doch zu kontrollieren. In welchem Grade der Kongress bei den Wiener Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften bewertet wurde, zeigte sich bei dem Begrüßungsabend, mit dem die Tagung am Sonntag, den 28. Juli, eingeleitet wurde. Die Veranstaltung fand in einem der größten Stablflements Wiens statt. Trotz der sommerlichen Hitze stauten sich bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Feier in „drangvoll fürchterlicher Enge“ die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Wiens mit ihren Angehörigen, und noch immer strömten neue Menschenmassen heran. Schließlich sah sich die Zeitung gezwungen, die Türen eines nebenan liegenden Riesenkaales zu öffnen, der in kurzer Zeit vollständig besetzt war.

Die Feier war zu Ehren der ausländischen Gäste von dem Landeskartell der christlichen Gewerkschaften Niederösterreichs veranstaltet worden, dessen Vorsitzender, Landtagsabgeordneter Kollege Spalowsky, sie einleitete. Eine ganze Reihe hervorragender Männer nahmen an der Veranstaltung teil; so Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften, ferner des Gemeinderates, des Klerus, der katholischen Studentenverbindungen usw. Außer dem Kardinal Fürst-erzbischof von Wien hatten mehrere in Österreich und über dessen Grenzen hinaus bekannte Männer Entschuldigungsschreiben geschickt. Namentlich der Kardinal ließ in einem warmherzigen Schreiben seine Sympathie mit unseren Bestrebungen zum Ausdruck bringen und gleichzeitig lebhaft bedauern, nicht persönlich an den Beratungen teilnehmen zu können.

Neben, mehrstimmige Lieder, die von dem gemischten Chor der Gesangsabteilung der Ortsgruppe Wien des Verbandes christlicher Tabakarbeiter Österreichs in prächtiger Weise zum Vortrag gebracht wurden, Konzertsätze, Solovorträge und andere Darbietungen wechselten miteinander ab. Es würde zu weit führen, die einzelnen Vorführungen sowohl als auch die Reden alle anzuführen. Kollege Spalowsky sprach im Namen des schon genannten Kartells, Kollege Krikawa für den christlichen Textilarbeiterverband. Aus der Festrede unseres Kollegen Schiffer sei folgendes hervorgehoben:

Der VI. internationale Kongress christlicher Textilarbeiterverbände, den wir zur großen Freude der ausländischen Schwesternorganisationen in der so schönen und gastlichen Kaiserstadt Wien veranstalten können, soll in der Hauptsache eine demonstrative Kundgebung für den christlichen Gewer-

schaftsgedanken darstellen. Daneben wollen wir praktisch arbeiten im Interesse der Textilarbeiterschaft, in den verschiedenen Ländern. Der Kongress ist ein neuer Beweis für die Frische und Lebensfähigkeit unserer internationalen christlichen Gewerkschaftsbewegung, deren bewährte Grundzüge noch in den letzten Monaten in Deutschland und Holland Gegenstand bitterer Anfeindungen waren. Wir zeigen, daß wir trotzdem den festen Willen zur Existenz und Weiterentwicklung haben. Unsere Gegner jubelten zu früh! Die verläumderischen Angriffe der „Berliner Zeitung“ sind abgeklungen. Wir bleiben, was wir waren: gute katholische bzw. evangelische Arbeiter, die sich durch niemanden ihre religiöse Überzeugung rauben lassen. Wir verteidigen uns nicht länger: wenn es galt, Gottesglauben und Christentum gegen die Welt von Feinden zu verteidigen, dann haben die christlichen Arbeiter noch immer mit Ehren ihren Mann gestanden. Die Kämpfe, die wir gegen die religionsfeindliche Sozialdemokratie führen mußten, sollen uns unsere — in Worten — hyperkatholischen Kritiker einmal nachklampfen. Gegen die Sozialdemokratie war unsere Bewegung bisher ein kräftiger, vielleicht der beste und widerstandsfähigste Schutzwall — und das soll so bleiben.

Wir treiben eine vernünftige Gewerbe- und Industriepolitik. Wir wissen, daß von der Intelligenz, Tüchtigkeit und Pflichttreue der Arbeiter sehr viel für die Industrie abhängt; daß unser Arbeiterlos mit den Interessen unseres Gewerbes eng verknüpft ist. Aber die Industrie hat auch leistungsfähige, geistig und physisch gesunde Arbeiter notwendig, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Wir wollen daher einen gerechten Lohn, vernünftige Arbeitsbedingungen, die wirtschaftliche Gleichberechtigung unseres Standes auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages.

Die Parole unserer Bewegung könnte lauten: Für Arbeiterrecht und Arbeiterethik, für Christentum und — Vaterland! Am Wohle der Gesamtheit, der Nation mitzuwirken, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben. Wir scheuen die Opfer nicht, die das Vaterland von uns fordert. Wir fordern unser Recht in der Gesellschaft, um ihr mit mehr Kraft und froherem Mute zu dienen. Das Vaterland braucht freie, charaktervolle, pflichtbewusste Staatsbürger, Männer, die auch in schwerer Stunde treu sind, Männer, die auch in bitterer Stunde ein freies Wort sagen können. Also wir sind national-vaterländisch!

Und trotzdem auch international? Jawohl! Jedoch nicht wie die Sozialdemokraten, die lediglich eine allgemeine rosarote Interessenharmonie der Arbeiter aller Länder predigen. Nein, es gibt auch Gegensätze: Rasse, Kultur, heimische Wirtschaftsinteressen etc. Trotzdem reichen wir uns die Bruderhand zur gemeinsamen Förderung gemeinsamer Ziele. Wir leben im Zeitalter der organisierten Großindustrie, des Weltverkehrs, des Weltverkehrs; unsern modernen Wirtschaftsleben ist der Stempel des Großen aufgedrückt. Internationale Verbindungen auf den verschiedensten Gebieten sind fast alltägliche Erscheinungen. Da können die Arbeiterorganisationen nicht zurück bleiben.

Die Sozialdemokraten haben längst durch ihre gewerkschaftlichen Landeszentralen und die einzelnen Berufsverbände internationale Verbindungen; wir desgleichen. Wir wollen durch den internationalen Charakter unsere Bewegung auf einen breiteren Boden stellen und dadurch eine wirkungsvollere Propaganda und bessere Arbeitsverhältnisse erzielen. Jede Isolierung ist hier vom Uebel. Weiterhin wollen wir die gemeinsame prinzipielle Grundlage — unter vernünftiger Berücksichtigung besonders gelagerter Verhältnisse — einseitig wahren. Wir wollen die soziale Arbeitergesetzgebung in den verschiedenen Ländern verfolgen und fördern (Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterrecht etc.). Durch den internationalen Anschluß wollen wir endlich unseren Mitgliedern gegenseitig praktische Vorteile bringen: durch Unterstützungen verschiedenster Art. Durch die gemeinsame internationale Rasse ist es uns möglich, den einzelnen Landesverbänden in unvermeidlichen schweren Kämpfen beizustehen. In der praktischen Gewerkschaftsarbeit fördern wir uns gegenseitig durch Rat und Tat, durch einheitliche Statistiken etc. etc.

So haben wir's bisher gehalten und so soll es bleiben. Hier in Wien wollen wir die alte Kameradschaftlichkeit und Waffenbrüderlichkeit erneuern. Wir gehen mit guter Zuversicht, mit Ernst und Eifer an unsere Kongressarbeit! Mit Begeisterung aber wollen Sie, verehrte Damen und Herren, mit mir rufen:

Die Internationale Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen lebe hoch, hoch, hoch!

Von den Kongressverhandlungen selbst ist bereits gesagt worden, daß sie eine ganze Reihe äußerst wichtiger Anregungen und Beschlüsse ergeben haben.

Wir werden in unserem eigentlichen Bericht in der nächsten Nummer näher darauf eingehen. Diesmal nur folgendes. Der Bericht unseres internationalen Sekretärs Huijing-Enschede (Holland) zeigte, wie vielseitig die Interessen der Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen waren und wie außerordentlich viel fruchtbringende Arbeit durch unser internationales Sekretariat im Interesse unserer Bewegung geleistet werden kam und geleistet worden ist. „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die christlichen Textilarbeiterorganisationen Belgiens, Hollands, Österreichs, der Schweiz und Italiens ohne unsere Vereinigung nicht in der guten Verfassung wären, in der sie sich jetzt erfreulicher Weise befinden und nicht so erfolgreich zum Besten der Textilarbeiter ihrer Länder hätten arbeiten können.“

So sagt unser internationaler Sekretär in seinem Bericht; wir schließen uns dem ganz an und fügen noch hinzu, daß auch unser deutscher christlicher Textilarbeiterverband von der internationalen Vereinigung schon sehr viel profitiert hat.

Die Berichte der einzelnen Landesorganisationen ergaben einen zwar langsamen, aber doch sicheren Fortschritt. Das kommt in den Mitglieder- und Kassenverhältnissen zum Ausdruck. Mehr aber noch in der Verbesserung der Organisationsform, der Verbandseinrichtungen, der Beitragsleistung, der Erziehung und Disziplinierung der Mitglieder. Leider paßt in dieses günstige Bild unser holländischer Bruderverband nicht hinein. Ihn haben die bekannten Verbote einiger holländischer Bischöfe sehr zurückgeworfen.

Die Referate des Kongresses waren zum Teil grundsätzlicher, zum größten Teile rein praktischer Natur. Kollege Krikawa-Wien zeichnete in scharfen Umrissen die Gegensätze, die uns christliche Gewerkschaften von der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie trennen. In der Diskussion und in der Resolution zu diesem Referat nahm der Kongress, mit Rücksicht auf die Vorgänge in Belgien, ganz entschiedene Stellung gegen den politischen Generalstreik, der die Interessen der Arbeiter nur auf das empfindlichste schädigen könnte. Kollege Schiffer zeigte im Anschluß an das Referat Krikawas unsere Stellung zum Unternehmertum und zur Volkswirtschaft. Von rein praktischem Werte war das Referat des Kollegen Schiffer zur Frage des Berufsarbeiterschutzes in der Textilindustrie. Die ausgedehnte Diskussion über dieses Referat führte in das weite Gebiet des Berufsarbeiterschutzes noch weiter ein und bewies das große Interesse, das allenthalben dieser Frage von den Leitungen der Verbände entgegengebracht wird. Wie verschiedenartig die Verhältnisse in den einzelnen Ländern liegen und ferner, welche außerordentlich schwierigen Probleme sich in unserer internationalen Arbeit ergeben, zeigte so recht das Referat über die Ausländerfrage. Man darf aber wohl gerade mit Bezug auf die Behandlung dieses Punktes sagen, daß eine Menge wertvoller Anregungen gegeben worden sind. Durch diesen Kongresspunkt wurde auch das sozialdemokratische Schlagwort von der vollständigen Interessengemeinschaft der Arbeiterschaft aller Länder in seiner ganzen Lächerlichkeit illustriert.

Bezüglich der Frauen- und Kinderarbeit berief sich der Kongress auf frühere Tagungen gefassten Beschlüsse. Er stellte als erstrebenswertes Ideal die Beseitigung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen überhaupt hin, ohne zu verkennen, wie außerordentlich schwierig die Sache ist und das unbedingt Ausnahmen zugelassen werden müssen. Von der Gesetzgebung verlangt der Kongress ausreichende Maßnahmen zum Schutze der Mutterschaft und eines gedeihlichen Familienlebens der Textilarbeiterschaft. Ferner fordert er das Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren und

einen umfassenden Schutz der jungen Leute bis zum 18. Lebensjahre.

Soweit die Kongressverhandlungen. Als Kollege Schiffer sie mit einem längeren Schlussworte schloß, konnte er es tun mit dem Ausdruck der Genugtuung über den ganzen Verlauf des VI. internationalen Kongresses der christlichen Textilarbeiterorganisationen.

Bemerkte sei noch, daß u. a. die Gräfin Marschall zeitweise den Verhandlungen beiwohnte und sogar die Liebenswürdigkeit hatte, eine Zeitlang unseren Dolmetscher zu vertreten.

Ein mehmtiger Klang durchzog zum Schlusse noch die Kongressverhandlungen. Es kam die Kunde von dem Ableben des Kardinalerzbischofs Fischer von Köln. Sämtliche Kongressvertreter, namentlich aber natürlich die deutschen, waren sich in dem Augenblicke ganz besonders bewußt, daß der jetzt verstorbene Kardinal nicht bloß ein warmherziger Arbeiterfreund war, sondern namentlich auch für die Sache der christlichen Gewerkschaften außerordentlich viel getan hat. Der Kongress hörte stehend die Worte an, die Kollege Schiffer dem hohen Verstorbenen widmete.

Nachdem Kollege Spalowsky noch dem Kongresse einige Worte gewidmet hatte, wurden die Verhandlungen mit einem Hoch auf die christliche Textilarbeiterbewegung von dem Kollegen Schiffer geschlossen.

Nach Schluß des Kongresses wurden die Delegierten im Wiener Rathause von dem Vertreter des ersten Bürgermeisters offiziell empfangen. Nach dem Empfang fand eine Besichtigung der städtischen Sammlung und ein Rundgang durch die prächtigen Räume des Wiener Rathauses statt.

Wir werden über die ganzen Kongressverhandlungen in der nächsten Nummer ausführlich berichten.

Die Gelben.

Die „gelben“, „vaterländischen“, „königstreuen“ oder „nationalen“ Werks- und Arbeitervereine hielten unlängst in Essen ihren Bundestag ab. Die der Großindustrie nahestehenden Blätter, so die Rheinisch-Westfälische, die Kölnische und die Düsseldorfener Zeitung haben von dieser Tagung recht viel Aufhebens gemacht. Die „gelbe“ Bewegung wurde als eine solche von „weittragender Bedeutung“, als eine „hocherfreuliche Erscheinung“, von der Rheinisch-Westfälischen sogar als eine „Bewegung des gesunden Menschenverstandes“ bezeichnet. Man war offensichtlich bestrebt, der Tagung nach außen hin ein Relief zu geben, das sie gar nicht verbiente. Wer die Verhandlungsberichte verfolgte, wird vergeblich nach irgendwelchen positiven, praktischen Ergebnissen dieser Tagung geortet haben, es sei denn, daß man die steten Versicherungen devoter Untertänigkeit als solche betrachten wollte.

Mit ihrem Eintreten für die „Gelben“ erstrebt die erwähnte Presse einen bestimmten Zweck. Die „Macher“ der „gelben“ Bewegung wissen ganz genau, daß diese aus eigener Kraft nicht emporzukommen vermag, daß sie der Protektion bedarf. Das sucht man zwar aus taktischen Gründen nach außen hin zu bestreiten. Die „Köln. Ztg.“ z. B. legte viel Gewicht darauf, zu betonen, daß auf der Tagung in Essen nur Arbeiter, keine „Verusagiatoren“ getrocknet hätten. Von den Industriellen und den Vertretern der Unternehmerverbände (!) habe niemand das Wort ergriffen, der Charakter einer „reinen Arbeiterlandgebung“ (!) sei streng gewahrt geblieben. Gewiß, anscheinend ist es so. In Wirklichkeit aber haben die eigentlichen Gründer der „Bewegung“ hinter den Kulissen ihre Hand im Spiel. Ihre List ist folgende: Die Unternehmer haben die „gelbe“ Bewegung mit allen Mitteln zu fördern, dabei sollen sie aber so tun, als ob diese Bewegung eigentlich bloß eine Privatsache der Arbeiter sei. Uebrigens haben die Sprecher der „Gelben“ selbst bestätigt, daß sie ohne die Unterstützung der Unternehmer nicht auszukommen vermögen. So sagte der Vertreter des Bundes der Handwerker der kaiserlich-königlich-technischen Institute, der Bund bestehe im siebenten Jahre und sei leider noch nicht vorwärts gekommen, weil sich die Militärbehörde zu ihm nicht auf einen freundlichen Standpunkt stelle. Ein zweiter Redner hat die Unternehmer, dafür zu sorgen, daß die Unternehmern den „Gelben“ keinen Stein in den Weg legen. Ein dritter versuchte die anwesenden Arbeitgeber am Uebermittlung und Zuwendung von Abreisen, damit die „Bewegung“ auch in andern Betrieben vorwärts komme. Das spricht Bände. Auch die Anwesenheit so zahlreicher Arbeitgeber und Vertreter von Arbeitgeberorganisationen redet eine deutliche Sprache. Das Aufstreben der Unternehmerrpresse soll nun den Zweck haben, die Unternehmer zu veranlassen, die „gelbe“ Bewegung noch mehr zu fördern. Weiter glaubt man wohl die öffentliche Meinung auf diese Weise beeinflussen zu können. Wie die „Köln. Volksztg.“ zu melden wußte, sind in letzter Zeit im Stillen auch einflussreiche Kräfte an der Arbeit, um die Regierungsorgane vor den Karren der „gelben“ Bewegung zu spannen. In der Beziehung ist von Interesse, daß sich die offizielle „Nord-

deutsche Allgemeine Zeitung“ sympathisch über die Essener Tagung geäußert hat. Trotzdem wird sich u. E. die „gelbe“ Bewegung einen maßgebenden Einfluß in der deutschen Arbeiterbewegung nicht zu verschaffen vermögen. Sie wird an der gesunden Vernunft und der geistigen Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft scheitern.

Sehen wir uns das Programm der „Gelben“ oder, wie sie sich neuerdings getauft haben, der „Wirtschaftsfriedlichen“ einmal etwas näher an. Der erste Redner auf der Essener Tagung suchte dies zu erläutern. Er sagte:

„Das hervorragende Merkmal der wirtschaftsfriedlichen, nationalen Arbeiterbewegung besteht darin, daß sie wieder Vertrauen hervorzurufen will. Wir wollen in dieser Bewegung eine Fortsetzung des alten Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden. Ein grundlegender Unterschied zwischen unserer und der gewerkschaftlichen Organisation ist der, daß wir nicht in Kampfstellung und im Gegensatz zum Arbeitgeber unsere Wünsche und Interessen zu verwirklichen suchen, sondern auf seine Mitwirkung und die Verständigung mit ihm allergrößten Wert legen.“

Die „Gelben“ wollen die Fortsetzung des „alten Vertrauensverhältnisses“, sie sind also Anhänger des heute bereits überwundenen patriarchalischen Systems. Nun ist dieses aber im modernen Großbetrieb gar nicht mehr durchführbar. Hier ist jede persönliche Fühlungnahme mit dem Arbeiter geschwunden, zur Unmöglichkeit geworden. Die Behandlung des Arbeiters ist eine rein geschäftsmäßige. Die „gelbe“ Bewegung leidet deswegen schon an einem inneren Widerspruch. Und wie sah denn in der Regel dieses „alte Vertrauensverhältnis“ aus. Der Arbeiter war wirtschaftlich unfrei. Er befand sich in vollständiger Abhängigkeit vom Unternehmer. Dieser verfügte allein über die Arbeitskraft des Arbeiters. Und nicht nur über diese, oft schrieb er dem Arbeiter auch vor, was er außerhalb des Betriebes zu tun und zu lassen habe. Diese Abhängigkeit führte zur Versklavung der Arbeit und zur übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft. Gewiß, mancher humaner denkende Arbeitgeber war auch auf seine Weise für das Wohl „seiner“ Arbeiter besorgt. Aber — was er den Arbeitern bot, war in der Regel doch nur Lohn, den die Arbeiter rechtmäßig beanspruchen konnten, der ihnen aber in Form von Wohlthaten, für die sie dankbar zu sein hatten, zufließ. Und dieses Verhältnis sollten die Arbeiter zurücknehmen? Narren müßten sie sein. Nein, ein denkender Arbeiter ist dafür nicht zu haben.

Doch — die „Gelben“ jagen: Auch wir wollen unsere Interessen wahren, aber nicht in Kampfstellung, nicht im Gegensatz zum Arbeitgeber. Das ist recht nett gesagt. Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Sobald die „Gelben“ ernsthaft darnach streben, Verbesserungen durchzusetzen, geraten auch sie naturgemäß im Gegensatz zum Unternehmer. Dessen Anschauungen über die Berechtigung und Durchführung von Arbeiterforderungen sind in der Regel ganz andere wie jene der Arbeiter. Er behandelt die Forderungen nüchtern, geschäftsmäßig. Vielfach hat auch nicht der Arbeitgeber, sondern seine Organisation zu entscheiden. Vielleicht daß der Unternehmer dann, wenn gewerkschaftliche Organisationen Forderungen stellten, aus taktischen Gründen den im Betriebe vertretenen „Gelben“ einige minimale Zugeständnisse macht, wohl um die „Zwedlosigkeit“ der gewerkschaftlichen Organisation „seiner“ Arbeiter zu beweisen. Haben dann die „Gelben“ Ursache stolz zu sein und mit ihren „Erfolgen“ zu prahlen. Nein, denn nicht um der schönen Augen der „Gelben“ willen, sondern mit Rücksicht auf die vertretenen Gewerkschaften hat er die Forderungen bewilligt. Er tat's dem Prinzip zuliebe: Teile und herrsche.

Wie nun aber, wenn die Forderungen überhaupt abgelehnt werden, was wollen dann die „Gelben“ tun? Streiken? Gibt's ja nicht! Erstens sind die Beiträge zu minimal, um Streikunterstützung zu gewähren und zweitens ist das vorhandene minimale Vermögen, wie in Essen betont wurde, in Wohlfahrts-einrichtungen festgelegt. Weiter aber würden sich die Protektoren der „Gelben“ recht schön bedanken, diesen erst Tausende von Mark zuzuwenden, um sich dann noch von den Ausgehaltenen bestreiten zu lassen. Für die „Gelben“ gibt's also nichts als ein bedingungsloses Sichfügen. Sie begeben sich bewußt und gewollt in das alte Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber, um an dessen Wohlfahrts-einrichtungen teilzuhaben. Die Münchener „Allgemeine Rundschau“ bemerkt mit Recht zu diesen programmatischen Bestrebungen der „gelben“ Bewegung:

„Das ganze ist auf jeden Fall eine recht puzige Illustation zu den vierzig Jahren direkten und gleichen Wahlrechts und zu den sechs Jahrzehnten deutscher Pressefreiheit, deren Wärtungen geradezu spurlos an den Massen vorübergehen müßten, wenn es der „wirtschaftsfriedlichen“ Bewegung gelänge, sich auf die Dauer mit diesem Programm durchzusetzen. Ein Programm, das dem Arbeitgeber auch als letztes Mittel nur eine Bitte entgegenstellen kann und damit grundsätzlich die Arbeit dem Kapital mit gebundenen Händen anstößt.“

Für Arbeiter aber, die derartige Bestrebungen unterstützen, haben wir keine Achtung übrig, höchstens Mitleid. Nun sind auf der Essener Tagung auch Behauptungen gefallen, die direkt un wahr sind. Einer der „gelben“ Redner sagte z. B.: „Gelegentliche Bekämpfungen zwischen christlichen, Hirsch-Dunderschen und freien

Gewerkschaften ändern nichts an der Tatsache, daß der Klassenkampf diese Gewerkschaften verbindet.“ Auch von den konfessionellen Arbeitervereinen behauptete der Redner, sie hätten sich vom Klassenkampf noch nicht frei gemacht. Durch die Förderung der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften werde zweifellos der Gedanke des Klassenkampfes genährt. Wir haben diese Behauptungen absichtlich nicht als Verleumdungen bezeichnet, weil der gute Mann jedenfalls vom Klassenkampf gar keine Ahnung hat. Die christlichen Gewerkschaften haben den Klassenkampf der Sozialdemokratie von jeher grundsätzlich und entschieden abgelehnt. Sie halten die zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bestehenden Gegensätze durchaus nicht für unüberbrückbar. Stets ging ihr Streben dahin, die Interessen der Arbeiter unter möglicher Wahrung eines friedlichen Ausgleichs zu verfechten. Sie sind sich auch stets der gemeinsamen Interessen bewußt geblieben, die Arbeiter und Arbeitgeber verbinden. Die christlichen Gewerkschaften wünschen ebenfalls aufrichtig und ehrlich einen Zustand des gegenseitigen Vertrauens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbei. Sie sind allerdings der Ueberzeugung, daß ein derartiges Verhältnis nicht auf dem Wege der bedingungslosen Unterwerfung des einen Teils unter den andern, sondern nur auf dem Boden der wirtschaftlichen Gleichberechtigung beider Teile erreicht werden kann. Haben sich die Unternehmer mal in ihrer großen Mehrheit zu diesem Standpunkt durchgerungen, dann wird auch die Austragung der Gegensätze andere, weniger rohe Formen annehmen.

Die „Gelben“ haben sich auf ihrer Tagung endlich auch mit ihrer „wahrhaft nationalen Gesinnung“ gebrüht, die es ablehnt, in irgend welchen Kämpfen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Die Herrschaften haben u. E. durchaus keine Veranlassung, den Mund so voll zu nehmen. Von einem bewußten Gegensatz ihrer Mitglieder zur Sozialdemokratie kann jedenfalls kaum die Rede sein. Im Wahlkreis Essen z. B. haben bei der letzten Reichstagswahl nicht wenige „gelbe“ Werkvereiner bei der Stichwahl sich nicht nur neutral verhalten, sondern für den Sozialdemokraten, gegen unsern Kollegen Giesberts gestimmt. Mit der nationalen Zuverlässigkeit ist's also nicht so weit her. Wir sind im Gegenteil der Ueberzeugung, daß die Macher der „Gelben“ gewollt oder ungewollt die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen. Die von ihnen beeinflussten Arbeiter werden früher oder später sich des Spiels bewußt werden, das man mit ihren Interessen getrieben und dann werden die Enttäuschten den Radikalismus in die Arme fallen.

Jeder denkende Arbeiter und jeder wirkliche Freund unseres Vaterlandes wird darum das Aufkommen derartiger saft- und kraftloser „gelber“ Gebilde bedauern. Mit Recht schrieb die „Köln. Volksztg.“: Gegenüber der mächtigen, kampfs- und stürmerproben, terroristischen Sozialdemokratie ist jede Zersplitterung der nichtsozialdemokratischen, der christlich-national gesinnten Arbeiterschaft vom Uebel. Einem solchen Koloß gegenüber werden sich nur selbständige, leistungsfähige und von Selbstgefühl und allgemeinem Vertrauen getragene Organisationen durchsetzen können. Darum wird der wirkliche Freund des Volkes und Vaterlandes nur in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung den Organisationsfaktor erblicken, der auf dem richtigen Wege ist, das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter in beiderseits erträglicher Weise zu regeln und den Arbeiterstand überhaupt in den Organismus der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung einzugliedern.

Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie.*)

In früher erschienenen Aufsätzen haben wir bereits die Entstehungsursachen und Entstehungsmöglichkeiten der Kartelle kennen gelernt. Was dort allgemein für die der Textilindustrie gegolten hat, gilt auch im speziellen für die Kartelle der Seidenweberei-Industrie. Wenn sie entstehen konnten, so war die total veränderte Produktionsverfassung — die Verdrängung des hausindustriellen durch den fabrikmäßigen Betrieb — die Voraussetzung dafür; daß sie aber entstanden sind, hat ihre letzte Ursache in der Lage der Industrie. Die Kartelle der Seidenweberei-Industrie sind wirklich „Kinder der Not“. Gegen Ausgang des alten Jahrhunderts hatte die Entwicklung zum Fabrikbetrieb einen gewissen Abschluß erreicht; fast in allen Zweigen der hier in Rede stehenden Industrie waren die hausindustriellen Betriebe verschwunden oder ganz bedeutungslos. Nur in der Herstellung einiger ganz bestimmter Waren hat sie sich gegen die Fabrik zu halten vermocht. In der Praxenstoffindustrie finden wir sie heute noch — die Turquoisweberei (Turquois ist ein schwarzer gerippter Herrenstrawattenstoff aus Seide oder Halbseide) liegt fast ganz in den Händen hausindustrieller; das gleiche gilt von der Seidenhandweberei, die hausindustriell im Wuppertal und in einigen Teilen Badens und des Elsaß betrieben wird. Im Jahre 1908 belief sich im Wuppertal die Zahl der Wandstühle in Fabriken auf 3000, im

*) Herbert v. Beckersath: Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie.

Berein bergischer Wandwirkermeister waren aber 5173 Wandstühle vereinigt. Diese Zahlen illustrieren die Bedeutung der Hausindustrie zur Genüge. Immerhin darf man sie nicht überschätzen. — Brauns, der sich mit der industriellen Verfassung der Seidenweberei besonders beschäftigt hat**), spricht die Befürchtung aus, daß die Hausindustrie auf die Dauer dem Fabrikbetrieb doch nicht gewachsen sei und sie dem Untergange nicht entgehen werde. Diese Ansicht scheint mir begründeter als die von v. Beckerath, der diese Befürchtung „übertrieben“ nennt, das um so mehr, als der hausindustrielle Betrieb quantitativ 30—50% hinter dem Fabrikbetrieb zurückbleibt.

Die erste Zeit nach dem Siege der Fabrik war für die Seidenweberei-Industrie eine selten günstige. Die Verbilligung der durch technische Fortschritte stark vermehrten Produktion, die dadurch bewirkte Verbilligung der Waren selbst rief eine sehr starke Nachfrage hervor, welche die Fabriken zunächst kaum bewältigen konnten. Neugründungen und Vergrößerungen schon bestehender Fabriken waren die nächste Folge. Mit der vermehrten Verwendung von Seidenartikeln wurde dieser selbst immer mehr Modeartikel, was in Wechselwirkung die Nachfrage und Produktion wieder förderte.

So lange die Konjunktur eine günstige war, ging der Absatz der vermehrten Produktion glatt von statten. Damals wie heute dachte man aber nicht daran, daß ein Rückschlag folgen und die Produktionsfähigkeit der Fabriken nicht vollständig oder nur gegen schwere Preisschlägungen ausgenutzt werden könne. Dieser Fall trat aber nach 1900 ein — die Mode war den Seidenwaren abhold. Die neuen Fabriken, die produzieren mußten, verschimmerten die Lage noch. Die Vorteile des alten Verlagsystems zeigten sich nun im hellsten Lichte. Unter seiner Herrschaft war es leicht möglich, die Produktion nach dem Bedarf einzuschränken. Der Verleger hatte kaum ein Risiko, das allein der hausindustrielle Meister tragen mußte. Die Möglichkeit, die ganze Nachfrage und noch mehr in den Fabriken zu produzieren, nahm dem Unternehmer die Fähigkeit, bei wechselndem Bedarf ab- und zuzugeben. Er trug nunmehr das ganze Risiko, das bei den Anlagewerten und ihrer Starrheit ein viel größeres war, als das des auf Hausarbeit angewiesenen Verlegers und des Hausindustriellen selbst. v. Beckerath hat das richtig erfasst, wenn er schreibt: „Die fabrikmäßige Produktionsweise selbst im Zusammenhang mit den natürlichen Konjunkturverhältnissen einer Modeindustrie ist schuld daran, daß überall, wo es nicht gelang, die Konkurrenz- und Produktionsfreiheit der Fabriken in genügendem Maße einzuschränken, die deutsche Seidenindustrie seit Ende der 90er Jahre im Zustand der chronischen latenten Krise sich befindet.“

„Die Seidenindustrie als Fabrikindustrie kann bei freier Konkurrenz die Produktion und das Angebot nicht in der Weise regeln und die Verkaufspreise nicht so hoch halten, wie sie es in ihrer Eigenschaft als Mode- und Saisonartikel tun mußte.“

Die Produktionskrise wurde noch verschärft durch die ausländische Konkurrenz und durch die Wirtschaftspolitik der außerdeutschen Länder. Durch sie wurde es fast unmöglich, die alten Wirtschaftsgebiete mit ihrem Bezug deutscher Waren sich zu erhalten, geschweige denn neue zu erobern. Den schwersten Stoß erteilt die Seidenindustrie durch die starken Zollschranken, die Amerika einführt. Sie belästigen besonders den deutschen Export durch Zollsätze von 60—70% des Warenwertes. Wie gewaltig die Einfuhr von halbfelisebenen Seugen, Tüchern etc. zurückgegangen ist, beleuchten folgende Zahlen. 1889 wurden von diesen Waren 2161 t im Werte von 67 Mill. M. nach den Vereinigten Staaten exportiert;

1890	2039 t	im Werte von	63,2 Mill. M.
1891	1288	„	37,4
1892	1141	„	34,2
1893	1266	„	40,5
1894	932	„	24,2
1895	1453	„	37,0
1896	1139	„	29,0
1897	1030	„	24,2
1898	857	„	21,0
1899	843	„	21,9
1900	764	„	19,9
1901	663	„	17,2
1902	827	„	21,9
1903	910	„	27,3
1904	603	„	16,9
1905	640	„	16,6

Bei einem Ausfuhrwert von 67 Mill. M. im Jahre 1889 ist im Jahre 1905 nur noch ein solcher von 16,6 Mill. M. übrig geblieben.

Eine gleiche Politik wie die Vereinigten Staaten trieben Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien, Rußland — auch die Einfuhr nach Kanada ist durch die unfreundliche Behandlung deutscher Waren seitens dieses Landes stark gehemmt. Kein Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen die Ausfuhr von Seidenwaren in dem Zeitraum von 1891—1905 nicht nur nicht gewachsen, sondern sogar zurückgegangen ist.

Die so schwer betroffene Industrie mußte auf Mittel und Wege sinnen, aus dieser für sie so unerquicklichen Lage herauszukommen — und sie fand sie in den Kartellen. Bevor wir zu diesen selbst übergehen, scheint es mir notwendig, die einzelnen Zweige der Seidenweberei-Industrie, die hier in Betracht kommen, zu erwähnen. Die Seidenweberei umfaßt: die Sammet-, Blüsch- und Seidenhandweberei; die Herstellung glatter Gewebe, wie die von Seiden-, Krawatten- und Schirmstoffen; endlich die Seidenbandweberei.

Das erste Kartell in der Seidenweberei-Industrie kam im Jahre 1904 zustande. 20 Sammetbandhersteller des Niederrheins schlossen sich zu einer Konvention zusammen. Der Verband setzte sich neben der Festlegung günstiger Konditionen auch die Preisbestimmung der

Waren zur Aufgabe. Es ist dies insofern eine außerordentliche Entwicklung als die späteren Kartelle zuerst nur die Regelung der Verkaufsbedingungen unternahmen und erst wenn sie sich stark genug fühlten, auch an die verbandsmäßige Festlegung der Preise gingen. Schon früher hatte ich erwähnt, daß Preisvereinbarungen nur dann von Dauer sein können, wenn eine Kontingentierung der Produktion oder des Absatzes damit verbunden ist. Die Sammetbandkonvention hatte eine Absatzkontingentierung — sie war aber in ihrer Anwendung außerordentlich umständlich und begünstigte in ihrem Erfolg die größeren Fabriken. Wenn sich daher gegen sie und den ganzen Verband eine starke Opposition geltend machte, so ist das wohl zu begreifen; das um so mehr, als selbst die getroffenen Vereinbarungen von den Mitgliedern einfach nicht gehalten wurden. Unter solchen Umständen kam eigentlich die Auflösung der Konvention Ende 1906 niemand mehr überraschend. Sie mußte kommen, nicht nur wegen der organisatorisch-technischen Mängel dieses Erfindungsverkes, sondern auch wegen der mangelnden Solidarität der Verbandsmitglieder. Das Kartell legt — wie jede genossenschaftliche Organisation — einen hohen Grad von Reife seiner Mitglieder voraus, die zu Gunsten der Gesamtheit auf eigene momentane Vorteile verzichten können. Und in diesem Punkte haperte es bedenklich! Es bedurfte erst einer langjährigen ruhigen Arbeit, um die Industriellen, die gerade hier jeder Art von Zwang abhold waren, zum Bewußtsein zu erziehen, daß ein sich Fügen, ein sich Unterordnen unter die Interessen des Ganzen, nur ihrem eigenen dauernden Interesse entsprechen — auch dann, wenn vielleicht momentane Opfer von den Einzelnen verlangt werden.

Eine geradezu typische Entwicklung nahm der Verband der Sammet- und Blüschfabrikanten Deutschlands. In der Krefelder Sammet- und Sammetbandindustrie bestand seit 1899 ein Arbeitgeber-Verband, dem seit 1902 auch die übrigen Fabrikanten des Niederrheins sich angeschlossen. Es ist keine Seltenheit, daß aus Arbeitgeberverbänden sich Kartelle ausbilden — und so geschah es auch hier. Zu gleicher Zeit wie die alte Sammetbandkonvention kam auch das Kartell der Sammet- und Blüschfabrikanten zustande. Da die Lieferungsbedingungen in dieser Industrie für die Produzenten außerordentlich drückende waren, schien es ganz natürlich, zuerst ihre Regelung ins Auge zu fassen. Dem setzten sich aber die Händlerkreise ganz entschieden entgegen — kein Wunder, denn die neuen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen waren sehr scharf. Die Großfirmen taten sich in demselben Jahre zu dem Verbande deutscher Sammet- und Seidengroßhändler zusammen. Nach einem scharfen und langen Kampfe kam es endlich im Jahre 1906 zum Friedensschluß auf Grund eines Exklusivvertrages. Darnach durften die Fabrikanten nur an Mitglieder der Großhändlervereinigung und an andere Großkonsumenten mit einem Jahresumsatz von mindestens 300 000 M. in Seidenwaren liefern. Der Handel hatte mit diesem Vertrag unstrittig einen großen Sieg errungen, denn die Fabrikanten konnten nun mit Umgehung der Großhändler nicht mehr an die Detaillisten liefern. Ein Jahr nach Abschluß dieses Vertrages erweiterte sich der Konditionenverband zu einem Preiskartell, das die Festsetzung der Preise sich zur Aufgabe machte und auch durchsetzte. Das war nicht mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, da die Produktion nicht allzu mannigfaltig war und auch die Zahl der Fabrikanten mit 33 nicht gerade übermäßig groß war.

Von besonderem Vorteil für eine Industrie ist es, wenn sie mit den ausländischen Konkurrenten eine Vereinbarung treffen kann. Die Anregung hierzu ging von den Lyoner Fabriken aus, die sich ebenfalls in einem Kartell vereinigt hatten. Der Grund des Angebots lag natürlich in der für die französischen Fabriken sehr fühlbaren Konkurrenz, die ihnen die Deutschen auf dem Pariser Markt machten. Am 1. Januar 1908 trat der Vertrag in Kraft, der nach längeren Verhandlungen zwischen den beiden nationalen Gruppen gegründet worden war. Er setzte vor allem die Preise der kartellierten Waren fest und zwar nicht nur für Deutschland und Frankreich, sondern auch für alle übrigen Absatzmärkte, wie England, Rußland, Kanada, Australien etc.

Noch fehlte dem Verband zu seiner inneren Geschlossenheit und Festigkeit eine Einrichtung, deren Mangel ihm besonders zu Zeiten fallender Konjunktur leicht hätte verhängnisvoll werden können — die Kontingentierung der Produktion oder des Absatzes. Ich habe früher darauf hingewiesen und des näheren erläutert, warum ein Preiskartell unbedingt auch eine Kontingentierung haben muß. Die dort angeführten Gründe führten bei der Erneuerung des Kartells bis zum Jahre 1910 auch die Absatzkontingentierung herbei, die auf folgender Grundlage festgelegt ist: „Am Schlusse jeden Jahres werden durch die Geschäftsführer die Mehr- und Minderkieferer festgesetzt. Die Mehrkiewerer führen dann nach Maßgabe näherer Bestimmungen eine Abgabe an den Verband ab, der aus diesen Beträgen die Minderkiewerer entschädigt.“

Die Frauenbewegung.

II.

Mißgünstigen Blickes wird von vielen Staatsbeamten das Eindringen der Frau in den öffentlichen Verkehrsdienst betrachtet. Im Reichspostgebiet allein waren am 1. April 1911 22 392 weibliche Personen im Post- und Telegraphendienst dauernd beschäftigt; darunter waren 5777 etatsmäßig angestellte Post- und Telegraphengehilfinnen, von im ganzen 13 649 Gehilfinnen, sowie 2436 Postagentinnen. Durch Petitionen an den Reichstag suchen auch diese Beamtinnen und deren Vereine eine weitere Verbesserung ihrer sozialen

Verhältnisse zu erreichen. Ebenso halten es die zahlreichen weiblichen Angestellten bei den Eisenbahnverwaltungen. Auch in den übrigen Staatsverwaltungsorganen hat sich die Frauenarbeit durchgesetzt. Frauen sind tätig: bei der Gewerbeinspektion, im Polizeidienst, als Gefangenenaufseher usw.

Auf dem Gebiete der Schul- und Fachbildung suchen die Frauen gleichfalls es den Männern gleichzutun. Eine der Führerinnen in der Frauenbewegung auf christlichem Boden, Frau Gnaud-Kühne, hat vor Jahren schon die Forderung aufgestellt: Erziehung der Mädchen zur Einfachheit, zur Hauswirtschaft, zur Berufstüchtigkeit. Das Mädchen soll in allen Schichten zu gelernter Arbeit tüchtig gemacht werden; es muß so wie der Knabe eine Arbeit berufsmäßig erlernen.

Dies ist in der Zwischenzeit vielfach geschehen. In der Schrift: „Die Frau in Haus und Beruf“, die anlässlich der Ausstellung der Erzeugnisse und Arbeiten von Frauen in Berlin, Februar und März 1912, herausgegeben wurde, heißt es u. a.:

„In der Photographie, im Buchbinder-, Juwelier-, Uhrmacher-, Holzschneidergewerbe usw. haben Frauen die vorgeschriebenen ordnungsmäßigen Lehrzeiten absolviert und Gesellen- und Meisterprüfungen abgelegt. Da die handwerksmäßige Ausbildung jungen Datums ist, so ist das, was hier gezeigt werden kann, ein erster Versuch. Wir freuen uns aber doch, daß auch auf den den Frauen ferner liegenden Gebieten vielfach frische Ansätze vorhanden sind. Süddeutschland ist hier in mancher Hinsicht voran. Von dort kommt uns die erste Tischlerin, die erste Herrenschneidemeisterin, eine Bäckermeisterin und eine Holzschneiderin. Die Angaben der bei uns ausstellenden weiblichen Lehrlinge, Gesellen und Meister im Optiker-, Töpfer-, Schmiede- und Schuhmachergewerbe und des in Photographie vorgeführten weiblichen Maurers zeigen, daß vielfach die Väter die Lehrlinge sind, und die Töchter das väterliche Handwerk einmal fortsetzen sollen.“

Die Frauen beteiligen sich aber auch an den höheren Studien, um den Eintritt in einige geistige Berufe zu erlangen. Es hat lange gedauert, bis die Frauen an den Gymnasien und Universitäten zugelassen wurden. Die süddeutschen Staaten gaben am frühesten diese Erlaubnis. Bereits 1898 erklärte der k. bayerische Kultusminister im Landtag: „Von großer Wichtigkeit und großem Interesse ist die Frage des Frauenstudiums.“ Heute gibt es zahlreiche Mädchengymnasien in allen Teilen des Reichs. Zahlreiche Absolventinnen dieser Schulen gehen zur Universität. In Baden, Bayern und Württemberg werden Frauen immatrikuliert, mithin als vollkommen gleichberechtigte Studenten zugelassen. Die Zahl der im Wintersemester 1910/11 zugelassenen Frauen an den verschiedenen Universitäten betrug 4744. Davon waren nur zu Vorlesungen berechnigte Frauen 2325. Medizin studierten 528 Frauen; der Philologie, Geschichte, Philosophie widmeten sich über 1200 Frauen; der Rechtswissenschaft 40 usw.

Durch die Teilnahme am Studium werden die Frauen auch befähigt, ihrer Bewegung Führerinnen zu stellen. Das ist von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung. In der christlich-nationalen Frauenbewegung sind viele gebildete Frauen hervorragend tätig. Manche der studierten Frauen ist aber auch auf Seite der radikalen Frauenbewegung getreten, jener Bewegung, die die ganze Frauenbewegung zu diskreditieren und zu hemmen geneigt ist. Der deutsche Verband für Frauenstimmrecht hat in dieser Richtung schon manches geleistet. Dieser Verband hat die Erlämpfung der politischen Gleichberechtigung der Frau sich zum Ziele gesetzt und hat sich als parteilos eingeführt, um Frauen aller politischen Richtungen für sich gewinnen zu können. Der Verband befindet sich jedoch auf der schiefen Ebene des Radikalismus. Sein Publikationsorgan schrieb schon 1908 in Nr. 1: „Die Frauenbewegung muß radikal sein oder sie wird es nicht sein.“ In den Versammlungen und in der genannten Zeitschrift macht sich denn auch vielfach ein Radikalismus geltend, der abstoßend wirkt. Der Ferrerrummel ist z. B. in Bayern von der Seite in einer Weise mitgemacht worden, daß selbst linksliberale Politiker von „Unreife“ sprachen. Auch den Austritt aus der Kirche hat der Verein für Frauenstimmrecht propagiert. Manche Ortsvereine sind nur mehr Filialen der Sozialdemokratie oder Redebühnenplätze gewisser jung-radikaler Herren geworden; die gemäßigteren Frauen ziehen sich deshalb zurück. Von einer einheitlichen Organisation der Stimmrechtsbewegung kann jedenfalls keine Rede mehr sein, ebensowenig von einer in der nächsten Zukunft liegenden Erfüllung der von radikalen Frauenvereinen aufgestellten politischen Forderungen. Es ist zu beachten: Gesetz und Recht werden nicht von einzelnen Personen gemacht. Jahrhunderte und ganze Völker sind es, die das Recht allmählich bilden.

S. P.

Allgemeine Rundschau.

Wien, 1. August 1912.

Kardinal-Erzbischof Fischer †.

Nach Wien zum internationalen Kongreß christlicher Textilarbeiterorganisationen kam uns unerwartet die traurige Kunde von dem Ableben des Kardinals und Erzbischofs Antonius Fischer von Köln. Es ist wohl angebracht, daß wir dieses bedeutenden Mannes auch in unserer christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“ mit einigen Worten gedenken und dem Schmerze Ausdruck geben, den wir auch als christliche Gewerkschaftler ob seines Todes empfinden.

Mit Kardinal Fischer ist ein warmer Freund der Arbeiter und ein entschiedener Förderer der christ-

**) S. Brauns: Der Uebergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der niederrheinischen Sammet- und Seidenindustrie 1906. Dunder u. Humblot.

lichen Gewerkschaftsbewegung dahingegangen. Wir brauchen unseren Mitgliedern nicht die Gelegenheiten in Erinnerung zu rufen, bei welchen der Kardinal Worte der Aufmunterung und Anerkennung für die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat. Mehr wie einmal hat er sie in Wort und Schrift aufgefordert, in ihrer christlichen Gewerkschaftsarbeit auszuharren und in treuer Gemeinschaft mit den evangelischen Arbeitern zur Verbesserung der Lebenshaltung zu wirken. Er hat auch mehr wie einmal seine Stimme in aller Öffentlichkeit erhoben und die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in Schutz genommen gegenüber den Anklagen, die von den „Berlinern“ in verleumderischer Absicht gegen sie erhoben wurden. Gegen diese Anklagen und ihre Urheber hat er wiederholt seinen großen Einfluß mit Erfolg an hoher kirchlicher Stelle geltend gemacht. So war der verstorbene Kardinal den katholischen Mitgliedern und allen Freunden der christlichen Gewerkschaften und damit unserer Bewegung selbst ein entschiedener Freund und Förderer und eine kräftige Stütze.

Wir wollen uns darum in dieser Stunde der Trauer der vielen Taten des Kardinals, die er für die Sache der christlichen Gewerkschaften verrichtet hat, erinnern und zum Zeichen der Dankbarkeit von Wien aus im Geiste einen Kranz niederlegen an dem Grabe dieses großen und liebevollen Mannes, der unser Freund und Mitstreiter gewesen ist. Sein Andenken wird in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten christlichen Textilarbeiterschaft nicht erlöschen.

Die christlichen Gewerkschaften, eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit. Die deutsche Volkswirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten Dimensionen von ungeheurer Wichtigkeit angenommen; sie ist allein mit rund 17 Milliarden Mark am Welthandel beteiligt und beschäftigt heute in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr rund 11 Millionen Lohnarbeiter. Die ehemals überwiegende handwerksmäßige Betriebsform wurde in den bedeutenderen Gewerben der Volkswirtschaft vom Großbetrieb verdrängt. Bei der Berufs- und Betriebszählung 1907 wurde ermittelt, daß in 32122 Großbetrieben (das sind solche, in denen mehr als 50 Personen tätig waren), 5363851 Personen beschäftigt waren. In Betrieben, die je mehr als 10 Personen beschäftigten, waren insgesamt 7948426 Personen tätig. Das ehemalige arme deutsche Volk hat sich in der Zwischenzeit zu einer wohlhabenden Nation emporgearbeitet. Das deutsche Nationalvermögen wird heute auf 300-350 Milliarden Mark geschätzt. Die Massenarmee der Lohnarbeiter strebt naturgemäß ebenfalls nach einem größeren Anteil an den Erfolgen der produktiven Arbeit. Die Arme der Lohnarbeiter kann weiter ihre Lebensinteressen (Lohnhöhe, Arbeitszeit, Behandlung usw.) nicht den verhältnismäßig wenigen Betriebsleitern allein überantworten. Hier müssen für die gemeinsamen Interessen der Lohnarbeiter allgemeine Normen vereinbart werden, die durch Tarifverträge zweckentsprechend ausgebaut werden können. Nur so ist eine ruhige, solide gewerbliche Weiterentwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse möglich, eine bessere gewerbliche Ordnung und eine höhere Stufe gewerblicher Kultur erreichbar. Dem gewaltigen Koloss in Form des deutschen Wirtschaftskörpers ist mit Spintieren und Sophistereien nicht beizukommen; er kann auch durch die Gesetzgebung allein nicht in Schach gehalten werden. Daneben sind vielmehr starke Organisationen notwendig, die befähigt und imstande sind, an der notwendigen Umformung und Umgestaltung dieses gewaltigen Organismus mitzuwirken. Wenn die christlich-nationale Arbeiterkraft sich nicht in die Erde drücken und diese Arbeit der Sozialdemokratie allein überlassen will, dann bleibt ihr nichts anders übrig, als die Verbindung in starken, einflussreichen Organisationen. Und das sind heute neben den sozialdemokratischen in Deutschland lediglich die christlichen Gewerkschaften.

Welche Eigenschaften erfordert die Betätigung in der Gewerkschaftsbewegung? Wollen wir in der Bewegung Erfolge erzielen, dann muß die Liebe zur Sache die Triebkraft sein, die uns zur Arbeit anspornt. Der Gedanke, daß Gewerkschaftsarbeit Kulturarbeit bedeutet, das es gilt, uns selbst, unseren Stand emporzuhelfen, muß uns befehlen und zur Arbeit begeistern. Dieser Gedanke muß uns veranlassen, persönliche und materielle Opfer zu bringen. Gewerkschaftsarbeit ist wehrfähige Nachbarschaft die den Lohn in sich trägt. Darum sollen uns auch Unmut und eventl. Enttäuschungen nicht abhalten unsere Pflicht zu tun.

Nötig sind dann auch Energie und Ausdauer. Wir dürfen nie vergessen, daß die Hebung des Arbeiterstandes nicht das Werk einiger Jahre sein kann. Weder persönliche noch sachliche Schwierigkeiten sollen uns entmutigen. Bei persönlichen sage man: Die Sache über die Person. Angehörige Begünstigung oder Momente der Enttäuschung gilt es zu überwinden. Bei sachlichen bedenke man, daß der Aufstieg einer Klasse naturgemäß Hindernisse zu überwinden hat und nur langsam vor sich gehen kann. Solche Hindernisse erwachsen dem Arbeiterstand zunächst aus den eigenen Reihen. Unverständnis, Gleichgültigkeit, Inertheit und mangelnder Opfermut, der Arbeiter selbst, erschweren den Aufstieg. Auch Angehörige der oberen Stände bereiten der Arbeiterkraft Schwierigkeiten in seiner Aufwärtsentwicklung. Das ist begreiflich. Sie müssen ja abgeben von ihren bisher innegehabten Reizen und von ihrem materiellen

Vest. Mit diesen Hindernissen müssen wir uns abfinden, wir müssen sie in zäher ausdauernder Kleinarbeit überwinden. Nur schwer Erzwungenes wird auch richtig gewertet.

Weiter muß ein geistiger und sittlicher Hochstand die in der Gewerkschaft tätigen Kolleginnen und Kollegen auszeichnen. Nur durch Kenntnisse und Bildung erwirbt man sich dauernde Autorität bei den eigenen Massengenossen, sowie Ansehen und Achtung in anderen Gesellschaftsschichten. Naturgemäß sollen wir uns vor allem jene Kenntnisse erwerben, die wir in unserem Wirkungskreis besonders benötigen. Man bilde sich aber auf sein Wissen und Können nichts ein und versteife sich nie unbedingt auf einen bestimmten Standpunkt, sondern zeige sich gut gemeinter Belehrung stets zugänglich.

Führende Kolleginnen und Kollegen müssen sich auch eines sittlich einwandfreien Lebenswandels befleißigen. Sie sollen nie vergessen, daß sie Repräsentanten einer auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Organisation sind und etwaige persönliche Verfehlungen mehr oder weniger auch dieser zur Last fallen und sie in ihrer Entwicklung hemmen.

Endlich müssen die im Vordergrund der Bewegung stehenden Kollegen und Kolleginnen es auch über sich bringen, sich unterzuordnen, Disziplin zu wahren. Gewiß, jedem muß es gestattet sein offen und frei seine Ansicht zu vertreten. Alle Meinungen müssen aber von Liebe zur Sache und von dem Gedanken getragen sein, dieser zu dienen. Nie greife man zu unehrlichen, demagogischen Mitteln, zum Appell an die Leidenschaften und die niederen Instinkte der Massen, um seinen persönlichen Willen, seine persönliche Ansicht durchzusetzen. Die das tun, sind die unangenehmsten Menschen und in der Regel auch charakterlos. Hat die Mehrheit entschieden, dann ordne man sich unter, selbst dann, wenn man noch wie vor persönlich anderer Ansicht ist.

Auch solche Beschlüsse respektiere man, die nicht unter persönlicher Mitwirkung, sondern durch gewählte Vertreter gefaßt worden sind. Wir denken hier vor allem an unsere Generalversammlungen. Gingen sei man bei der Wahl der Vertreter vorsichtig. Nur solchen gebe man seine Stimme, die zu einem ruhigen, leidenschaftslosen und objektiven Urteil fähig sind.

Je mehr Mitarbeiter wir haben, die von den Gesichtspunkten aus sich betätigen, umso größer werden auch die Erfolge sein und umso weniger braucht uns um die Zukunft unserer Bewegung zu bangen.

Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland eine staatliche Notwendigkeit. Bei der letzten Reichstagswahl entfielen auf die Sozialdemokratie 4 1/2 Millionen Stimmen. Eine vollständige Umgestaltung des Verfassungslebens des deutschen Reiches und der größeren deutschen Bundesstaaten erscheint in absehbarer Zeit als eine Unmöglichkeit. Ebensovienig kann auf der andern Seite die Sozialdemokratie ihre mehr als vier Millionen Anhänger, deren Erziehung auf prinzipielle Gegnerschaft zum Militarismus, Marinismus und zur Weltpolitik gestimmt ist, für etwaige Zustimmung zum Reichshaushalt gewinnen. Sie kann als demokratische Partei ihre fünfzigjährige Erziehungsarbeit nicht plötzlich verleugnen und umstülpen. Der Reichshaushalt ist aus dem sozialistischen Gesichtswinkel betrachtet etwas ganz anderes als die Etats der Einzelstaaten. Die Sozialdemokratie wird sich also in absehbarer Zeit mit der bürgerlichen Gesellschaft auseinandersehen müssen. Da dies im Rahmen des Parlamentarismus kaum möglich ist, bleibt ihr letzten Endes kein anderes Mittel übrig als der politische Klassenstreik, den sie schon 1905 in ihre Kampfmittel aufgenommen hat, und der alsbald in Belgien, wo die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen nicht auf ihre Rechnung kam, verwirklicht werden soll. So lange in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, sind diese Pläne der Sozialdemokratie nicht realisierbar. Die christlichen Gewerkschaften betrachten den Streik ausschließlich als wirtschaftliches Kampfmittel, und müssen den politischen Klassenstreik auch schon deshalb ablehnen, weil bei einer revolutionären Staatsumbildung nicht bloß soziale Werte auf dem Spiele stehen, sondern es sich dabei auch um ethische, nationale und kulturelle Fragen handelt, in denen zwischen christlich-nationaler Arbeiterkraft und Sozialdemokratie eine unüberbrückbare Kluft besteht.

Diese Zusammenhänge sind schon in letzter Zeit einige Male in die Erscheinung getreten: gelegentlich der vorjährigen Marokkokrises, bei der weite Kreise innerhalb der Sozialdemokratie eine Zeitlang mit dem politischen Klassenstreik gespielt haben, und wogegen die christlich-nationale Arbeiterkraft geschlossen Stellung nahm, und dann bei dem letzten Ruhrbergarbeiterstreik, der bei längerer Dauer lediglich zum Vorteil der englischen Kohlenindustrie ausgefallen wäre. Gegenüber den politischen Klassenstreikplänen der Sozialdemokratie bildet die christliche Gewerkschaftsbewegung schon heute einen unüberwindlichen Damm. Ohne Stilllegung des Bergbau- und Bergbauwesens ist bei dem komplizierten Wirtschaftssystem in Deutschland ein erfolgreicher politischer Klassenstreik nicht möglich. In den beiden wichtigsten Gewerben der Volkswirtschaft, im Bergbau und im Bergbau, verfügen die christlichen Gewerkschaften aber schon heute über bedeutende Positionen mit mehr als 150000 Mitgliedern.

Diese Tatsachen lassen es auch verständlich erscheinen, warum die Sozialdemokratie mit so großer Sehnsucht einer Bejähigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung entgegensteht. Die Sozialdemokratie ist, wie manche Kreise glauben, nicht zu überwinden mit politischer Gewalt — dafür sitzen ihre Ideen viel zu tief in den breitensten Volksmassen; sie ist ebensowenig zu überwinden mit Entgegenkommen — sonst müßten in einigen süd-deutschen Staaten schon diesbezügliche Ergebnisse vorliegen —; sie kann nur in den deutschen Volks- und

Staatsorganismus eingegliedert werden, wenn neben einer zellklaren, ausgleichenden Politik eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung tritt, die die Sozialdemokratie zwingt, allmählich andere Wege einzuschlagen. Alle anderen Experimente führen nicht zum Ziele: zu einem allmählichen Wiederbessererlernen des deutschen Volkes in seinen verschiedensten Schichten.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist also ein viel zu wichtiger Faktor in unserem deutschen Volksleben, als daß ihre Stohkraft auf den verschiedensten Gebieten geschwächt werden dürfte. Im Gegenteil: sie muß immer mehr erstarken. Und daran energisch mitzuarbeiten ist die unablässige Aufgabe ihrer Anhänger in nächster Zeit.

Aus dem Lager der „Gelben“. Interessante Einzelheiten aus den Essener Verhandlungen der Wirtschaftsfriedlichen bringt die „Soziale Praxis“. Charakteristisch für die von letzteren betriebene Finanzpolitik waren die Erörterungen über die Gründung einer Bundessterbekasse. Die Aufsichtsbekasse hatte die vorgelegten Satzungen beanstandet und einen Nachweis von 50000 M. Gründungskapital verlangt. Der Führer der Magdeburger „Gelben“ beantragte deshalb im Namen des Bundesvorstandes, bei den Werkvereinen und bei den Arbeitgebervereinen Sammeln zu gehen, um das Geld aufzubringen. Nun ist aber von den „gelben“ Siemens-unterstützungsvereinen in Berlin in einem schwebenden Prozeß behauptet worden, die Werkvereine seien von den Arbeitgebern unabhängig. Ihr eben erst in den Bundesvorstand gewählter Vertreter empfahl darum, die Arbeitgeber lieber nicht um Unterstützung anzufragen. Trotz dieses Einspruches wurde der Antrag angenommen. Die „Gelben“ werden also bei den Unternehmern die 50000 M. Gründungskapital für ihre Bundessterbekasse zusammenfassen.

Die Berliner „Gelben“ hatten weiter beantragt, es sollten in Zukunft nur noch solche Vereine in den Bund aufgenommen werden, die den Charakter eines Berufsvereins haben und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters erstreben. Sie stellten fest, daß man bisher auch aus Arbeitern und Beamten zusammengesetzte Vereine aufgenommen habe. In einer Vereinsatzung heiße es: „Beratung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen wird im Verein nicht geduldet“. Weiter komme es vor, daß die Betriebsleitungen Aufsichtsbekasse in die „gelben“ Werkvereinsversammlungen senden und sich dieses Recht sogar statutarisch zusichern ließen. Solche Vereine müßten hinaus aus der Bewegung. Die Anträge der Berliner wurden aber abgelehnt.

Die „Gelben“ wollen also die Abhängigkeit vom Unternehmer beibehalten und eventl. auch offen dokumentieren. Der vom Unternehmer oder der Betriebsdirektion beeinflusste Werkvereinsvorstand soll (wie z. B. im Neunkirchner Werkverein) nach wie vor das Recht haben, den Mitgliedern auch vorzuschreiben, wie sie sich in politischen und religiösen Fragen zu halten haben. Von den Krupp'schen Werkvereinen in Essen wurde offen ausgesprochen, daß sie eine Beeinflussung der Mitglieder bei Wahlen „mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse“ nicht für unstatthaft halten.

Wenn angesichts dessen die Redner der „Gelben“ trotzdem den Mut hatten, die Behauptung, ihre Bewegung sei mit dem Gelde der Unternehmer gegründet worden, als Lüge und Arbeiter als die Macher der Bewegung zu bezeichnen, so charakterisiert sich das von selbst.

„Gelbe“ Werkvereine, nationalliberale Partei. Die „gelben“ Werkvereine sind nicht bloß zur Preisgabe der gewerkschaftlichen Rechte ihrer Mitglieder von den Unternehmern ins Leben gerufen worden, sie sollen zugleich die parteipolitischen Schutzkolonnen der Arbeitgeber sein. Aus dem Saarrevier konnten wir kürzlich erst berichten, daß in einer Versammlung eines „gelben“ Werkvereins beschlossen wurde, die Mitglieder hätten bei politischen Wahlen so zu stimmen, wie es durch Versammlungsbeschlüsse festgestellt werden würde.

Jetzt wird aus Hanau berichtet („Kölnische Zeitung“ Nr. 760, 5. Juli 1912), daß ein „gelber“ Werkverein sich direkt „nationalliberaler Arbeiterverein“ benannt hat. Es hieß in dem Bericht:

„Im Namen des nationalliberalen Vereins Hanau brachte Amtsgerichtsrat Bohne Glückwünsche dar, wobei er hervorhob, daß die Anregung zur Gründung des nationalliberalen Arbeitervereins vornehmlich aus den Kreisen von Arbeitern gekommen sei, deren nationales Gefühl und praktischer Verstand an der klassenverhebenden Tendenz, den hohen Mitgliederbeiträgen und ungenügenden Leistungen der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften Anstoß genommen hätte. Nach dem Statut ist der Zweck des Vereins die Pflege des nationalen und monarchischen Gedankens, die geistige, wirtschaftliche und soziale Hebung der Mitglieder und die Förderung eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitern und Arbeitgebern auf dem Boden des nationalliberalen Parteiprogramms. Der Verein strebt auch die Gründung weiterer nationalliberaler Arbeitervereine an und will Fühlung nehmen mit verwandten Arbeiterorganisationen, die auf nationaler Grundlage stehen.“

Die nationalliberale Partei täte besser, die christliche Gewerkschaftsbewegung zu fördern, als ihre Hand zu solchen zweifelhaften Gründungen zu bieten, womit sie sich in freigeitlich denkenden Kreisen nur in Mißkredit bringt.

Konsumvereine und Sozialdemokratie. Die Konsumvereine „Hamburger Richtung“ haben zu der Sozialdemokratie stets ein uniges Verhältnis unterhalten, so, daß die sozialdemokratische Presse unlängst wieder diese Konsumvereine ungeniert mit zu den Trägern der politischen Sozialdemokratie rechnete. Und sie hat Recht dazu. Die von den Leitern der Hamburger Zentrale nach außen hin verpöchtene Neutralität wird

wohl mehr aus tatsächlichen Gründen zur Schau getragen aber auch darin scheinen sich die Leiter, Dr. Müller und Dr. Kaufmann, befinden zu wollen.

Das darf man schließen aus einem Artikel, den der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Göhre in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht. Aus Anlaß des inzwischen in Berlin stattgefundenen Genossenschaftstages des Zentralverbandes hält Göhre eine erneute Unternehmung dahingehend für wichtig, „wie sich in diesem letzten Geschäftsjahr der deutschen Arbeiterkonsumvereine das Verhältnis zwischen diesen und der Sozialdemokratie entwickelt hat.“ Hierbei kommt der Verfasser zu folgendem Ergebnis:

„Auch bei vorsichtiger Abwägung darf da nun festgestellt werden, daß, wenn nicht alle Zeichen trügen, auch in Hamburg sich allmählich die Einsicht Bahn zu brechen scheint, daß die ablehnende, wenn nicht direkt feindselige Haltung gegen die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht innewohnend ist und daß sich nunmehr auch von drüben her eine gewisse Annäherung an die Partei in dem von uns stets befürworteten Sinne anzubahnen beginnt.“

Göhre gibt auch die Gründe an, die ihn zu dieser Feststellung ermutigen. „Zunächst“, wie er sagt, „ein mehr negatives Zeichen“, nämlich die Tatsache, daß seit der damaligen Auseinandersetzung die „Theoretiker“ des Zentralverbandes, Kaufmann und Dr. A. Müller, sich hüten, durch eine weitere Verbreitung ihrer Neutralitätsbestrebungen neue Zusammenstöße zu provozieren. Göhre stellt fest, daß alle Äußerungen von der Art, wie sie sich früher in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und den Jahresberichten des Zentralverbandes fanden, verschwunden sind. Das entscheidende positive Zeichen für den sich vollziehenden Umsturz sieht Göhre in der Schaffung der Volksversicherung in Verbindung mit den „freien“ Gewerkschaften. Es heißt dann weiter:

„Nach alledem besteht mindestens einige Hoffnung darauf, daß mehr noch wie im letzten Halbjahr in der kommenden Zeit sich jenes nachbarliche Verhältnis zwischen Konsumvereinen und Sozialdemokratie einbürgert, wie wir es immer verlangt, für dessen Anbahnung wir immer gekämpft haben und das einfach ein durch die Verhältnisse gegebenes und notwendiges ist.“

Göhre betont in seinen Ausführungen nochmals, daß der Wille der im Zentralverband organisierten sozialdemokratischen Massen dahin gehe, zwischen der Partei und den Konsumgenossenschaften ein freundschaftliches Verhältnis „ähnlicher Art“ herbeizuführen, wie ein solches schon längst zwischen Partei und Gewerkschaft bestehe, denn, so sagt er:

„Sozialdemokratie, Gewerkschaft und Genossenschaft bilden die organisatorische Dreieinigkeit, durch die dieses Proletariat unaufhaltbar zur Macht aufsteigt.“

Der Artikel schließt mit einer Aufforderung an alle Parteigenossen, „die die erdrückende Mehrzahl der Mitglieder der Konsumvereine stellen“, eine Kontrolle innerhalb der gesamten Bewegung in gezeichnetem Sinne auszuüben!

Um die Göhre'schen Darlegungen richtig zu werten, ist es wesentlich, festzuhalten, daß hier der überzeugte Sozialdemokrat spricht. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man es verstehen, daß Göhre bis vor kurzem über ein zu geringes Entgegenkommen seitens Hamburg der Sozialdemokratie gegenüber klagte, trotzdem auch bis dahin bereits eine Bevorzugung derselben von Seiten des Zentralverbandes tatsächlich bestand. Bei den früheren Auseinandersetzungen handelte es sich aber auch stets um die von Kaufmann und Genossen vertretenen theoretischen Grundzüge, so daß die Praxis des Zentralverbandes von dieser Kritik ziemlich unberührt blieb.

Nachdem nunmehr seitens der Sozialdemokratie selbst festgestellt wird, daß Kaufmann und Dr. Müller kleinlaut geworden sind, daß sich ein innigeres Verhältnis zwischen der Partei und der Konsumgenossenschaftsbewegung Hamburger Richtung im letzten Halbjahre zeige und zu hoffen sei, daß mehr noch in der kommenden Zeit sich die erwünschte Annäherung vollziehe, wo die beschlossene „Volksfürsorge“ von ihr „als ein berechtigtes Unterpfand einer ehrlich gemeinten Annäherung“ bemerkt wird, da, so sollte man wenigstens annehmen, müßten auch die letzten Zweifel über die im Zentralverbande deutscher Konsumvereine vorherrschenden sozialdemokratischen Tendenzen schwinden. „Freie Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei sind eins“, so konnte seinerzeit von führenden Personen der Sozialdemokratie der Welt verkündet werden, und nur das Geheiß bildet den Hemmschuh, um mit demselben Freimut von der Konsumgenossenschaftsbewegung Hamburger Richtung das gleiche zu sagen.

Unter diesen Umständen tut im Interesse der Bewegung und dem aller nichtsozialdemokratischen Mitglieder Aufklärung dringend not.

Gesellschaft für Soziale Reform und die soziale Gesetzgebung in Deutschland. In dem soeben erschienenen Tätigkeitsbericht der Gesellschaft für 1910/12 kann der Generalsekretär Prof. Dr. Ernst Franke feststellen, daß an allen in letzter Zeit zum Abschluß gelangten sozialen Gesetzen (Reichsversicherungsordnung, Hausarbeitsgesetz, Privatbeamtenversicherung,) die Gesellschaft nicht nur durch jahrelange eingehende Vorarbeiten beteiligt war, sondern daß es vielfach führende Mitglieder der Gesellschaft waren, die sich im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen wesentliche Verdienste um das Zustandekommen der Gesetze erworben haben. Die Hauptarbeitsgebiete der „Gesellschaft für Soziale Reform“ in den verfloßenen zwei Jahren waren gerichtet auf die Weiterverfolgung der Privatangehörigenfragen, die auf der vierten Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M.

behandelt worden waren, sowie die Aufnahme der Jugendlichenfrage, die den Verhandlungsgegenstand der vom 11. bis 13. Mai 1911 in Berlin abgehaltenen fünften Hauptversammlung bildete. Diesen Hauptarbeitsgebieten sind auch eine Reihe von neuen „Schriften“ der Gesellschaft gewidmet (Verlag von Gustav Fischer, Jena). Als neue Arbeitsgebiete, die auf der kommenden Generalversammlung 1913 behandelt werden sollen, wird die Gesellschaft in Angriff nehmen: 1. Ausbau des Einigungswezens bei Arbeitskämpfen; 2. Wichtige Rechtsfragen des Arbeitstarifvertrags. Zu einer Reihe schwebender sozialpolitischer Fragen (Angestelltenchutz im Gastwirtsgerwerbe, Bekämpfung der Bleivergiftung, Ausbau der Gewerbeinspektion) hat die Gesellschaft in Eingaben an die maßgebenden Behörden Stellung genommen. An das „Internationale Arbeitsamt“ in Basel wurden eine Reihe wissenschaftlicher Gutachten erstattet, um eine internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung vorzubereiten; hier kommt z. B. die einheitliche Stellung der Arbeiter in der Versicherung in Betracht, ferner der Schutz der Jugendlichen, die Regelung der Arbeitszeit in der Großindustrie. Die Gesellschaft hat eine Reihe von Ortsgruppen, ferner sind ihr zahlreiche Berufsverbände aller Art korporativ angeschlossen. Die Zusammenarbeit von Parlamentariern aller Parteien mit den verschiedenen Richtungen der Arbeiterorganisationen auf dem neutralen Boden der Gesellschaft für soziale Reform hat sich als besonders fördernd erwiesen. Der Gesellschaft für soziale Reform gehören durch ihre Zentralen und Einzelvereine rund 1170 000 Arbeitnehmer aller Art an. Interessenten wird der Tätigkeitsbericht gern gratis zugestellt durch die Geschäftsstelle der Gesellschaft Berlin W 30, Rollendorfsstraße 29/30.

Die augenblicklichen Aufgaben der Krankenkassen. Für die Krankenkassen ist jetzt die Zeit gekommen, sich darüber schlüssig zu machen, wie sie ihre Verhältnisse für die Zukunft gestalten wollen, d. h. ob sie weiter bestehen wollen oder nicht, ob sie zur allgemeinen Ortskrankenkasse ausgestaltet zu werden wünschen oder ob sie einen Antrag auf Zulassung als besondere Ortskrankenkasse stellen wollen. Aus dem Grunde gibt die letzte Nummer des „Versicherungsboten“ folgende Winke für die zu fassenden Beschlüsse.

Die Krankenkassen haben mit gutem Rechte schon früher die Vereinheitlichung des Krankenkassenwesens angestrebt, und sie sind nicht müde geworden, die Behörden zu schelten, wenn sie derartigen Bestrebungen im Wege standen. Die RVD. hat zwar die erhoffte Vereinheitlichung des Krankenkassenwesens nicht gebracht, wenngleich schon durch die Befestigung der kleinen Kassen die Zahl der Krankenkassen sich um die Hälfte vermindern wird. Dafür aber haben die Ortskrankenkassen, die Haupttrauer im Streit, jetzt die Macht, eine großzügige Vereinheitlichung wenigstens der Ortskrankenkassen herbeizuführen. Die bestehenden Krankenkassen bleiben nämlich als besondere Ortskrankenkassen nur dann bestehen, wenn sie selbst den Antrag auf Zulassung stellen, und zwar kann dieser Antrag nur dann gestellt werden, wenn die Generalversammlung ihn mit Stimmenmehrheit beschlossen hat. Stehen also die jetzt vorhandenen Ortskrankenkassen den Antrag auf Zulassung nicht, so bleiben sie nicht bestehen, und es wird dann in Zukunft im Bezirke jedes Versicherungsamts nur die eine große Ortskrankenkasse vorhanden sein. Das ist das, was die Ortskrankenkassen bisher vielfach erstrebt haben. Nun liegt die Entscheidung in ihrer Hand. Hoffentlich zeigen die Krankenkassen jetzt, daß sie den Zug der Zeit verstehen, daß sie das allgemeine Interesse höher schätzen als gewisse örtliche und persönliche Interessen. Die Gelegenheit, die sich hier bietet, wird sobald nicht wiederkehren. Was jetzt geschieht, gibt die Richtung für die weitere Entwicklung der Zukunft. Die Ortskrankenkassen haben selbst zu bestimmen, ob an Stelle der vielen kleinen Kassen mit geringen Leistungen und mit schlechter Verwaltung große, leistungsfähige Gebilde treten sollen.

Wenn nun die Ortskrankenkassen ihre Zeit verstehen und sich für die größeren Ortskrankenkassen entscheiden, so hat das nicht nur Bedeutung für die Ortskrankenkassen, sondern auch für die anderen Kassenformen. Kommt nämlich für den Bezirk jedes Versicherungsamts eine größere und deshalb leistungsfähigere allgemeine Ortskrankenkasse zustande, so sind diese Leistungen auch für die übrigen Krankenkassen maßgebend, denn eine besondere Ortskrankenkasse darf nur zugelassen werden, wenn ihre Leistungen gemäßen Leistungen denen der allgemeinen Ortskrankenkasse mindestens gleichwertig sind. Dasselbe gilt für die Betriebskrankenkassen und Innungs-krankenkassen. Wenn bisher von den Ortskrankenkassen vielfach die geringen Leistungen einzelner Betriebs- oder Innungskrankenkassen gescholten wurde, so ist das in Zukunft nicht mehr möglich, denn die Leistungen der allgemeinen Ortskrankenkasse sind auch für die übrigen Kassenformen bestimmend. Daraus erhellt, daß derjenige, der für eine Erweiterung der Kassenleistungen im allgemeinen eintritt, bei der allgemeinen Ortskrankenkasse den Hebel ansetzen muß. Die übrigen müssen dann kraft Gesetzes nachfolgen. Wenn also eine allgemeine Ortskrankenkasse verlagert, so bedeutet dies zwar noch nicht notwendig, aber in der Praxis doch regelmäßig ein Herunterdrücken der Leistungen der Krankenkassen im ganzen Bezirk des Versicherungsamtes. Genügend leistungsfähig aber wird eine allgemeine Ortskrankenkasse nur dann, wenn sie genügend groß ist und durch berufsmäßige Kassenbeamten eine geordnete Verwaltung führen kann.

Dies sind die Fragen, die die Ortskrankenkassen sich jetzt zunächst vorzulegen haben. Auf Einzelheiten der neuen Satzungen einzugehen, ist zurzeit zu früh, da die

Muster Satzungen vor Herbst d. J. nicht ausgegeben werden. Sobald sie veröffentlicht sind, werden an dieser Stelle weitere Winke gegeben werden.

Aus unserer Industrie.

Erfashtoffe für Jute.

Vor einiger Zeit gingen Nachrichten durch die Presse über eine neue Fabrikationsart von Packstoffen und Säcken aus einer bestimmten Sorte Cellulosepapier mit dazwischen gelegtem Baumwollabfall, die der Jute-Industrie Konkurrenz machen könnte, da diese neue Erfindung ein erheblich billigeres Produkt bei gleich guter Brauchbarkeit lieferte. Dazu schreibt man nun aus Fachkreisen der Jute-Industrie:

„Bekanntlich bleiben bei fast allen Erfindungen die späteren wirklichen Resultate weit hinter den vorherigen Wahrscheinlichkeits- und Rentabilitäts-Berechnungen zurück. Abgesehen von den fast überall sich einstellenden unvorhergesehenen technischen Schwierigkeiten, die freilich im Laufe der Zeit sich oft überwinden lassen, werden doch oft Tatsachen ganz übersehen, die die dauernde rentable Ausnutzung einer solchen neuen Erfindung sehr in Frage stellen können. Es ist daher vielleicht interessant zu hören, wie man in Kalkutta, dem größten Platz der Jute-Industrie, diese „neue Konkurrenz“ beurteilt. Das in Kalkutta erscheinende Blatt „Kapital“ äußert sich in einem aus fachmännischer Feder hervorgegangenen Artikel wie folgt:

Von Zeit zu Zeit tauchen Gerüchte über Erfashtoffe von Jute auf, und oft haben wir die Möglichkeiten eingehend besprochen, sind dann aber immer zu dem Endresultate gekommen, daß Jute für Säcke und Packleinen in der für diesen Zweck brauchbaren Qualität eben nur in bestimmten heißen und feuchten Gegenden Ostindiens, besonders in Bengalen und Assam gedeiht, und alle Versuche, anderswo gleichwertige Jute oder Konkurrenzfasern anzubauen, scheiterten stets an dem Herstellungspreise, der mit der indischen Jute nicht konkurrieren konnte. Niemand aber hat bis jetzt daran gedacht, anstatt der spinnsfähigen Jutefaser ein Produkt zu verwenden, das vermöge seiner synthetischen Eigenschaften sich zu einem Stoffe verweben ließe. In Belgien soll kürzlich, wie uns berichtet wird, jemand auf eine derartige Idee gekommen sein, aber den eigentlichen Wert derselben wohl nicht recht erkannt haben, so daß jetzt ein deutsches Syndikat, dem u. a. ein bekannter Finanzier und zwei einflussreiche Männer aus fürstlichem Geblüt angehören, die Sache in die Hand genommen und bereits in Opatowitz in Schlesien eine Weberei zur weiteren Bearbeitung dieser Erfindung eingerichtet hat.

Das neue Produkt besteht aus einer bestimmten Cellulosemasse mit hineingearbeiteten Baumwollabfällen, die dann in schmale Streifen geschnitten und wie Garn gedreht zu allerlei Zwecken verwandt werden kann, und wie wir von gut unterrichteter Seite hören, ist der von solchem Material hergestellte Sack stark und staubdicht. Hierzu kommt der wichtige Umstand, daß diese Papierabfälle sich zirka 20% billiger stellen sollen, als Jutesäcke (d. h. bei den heutigen enorm hohen Jutepreisen gerechnet) und man sich eine Rentabilität von über 100% bei der neuen Industrie ausgerechnet hat.

Aber ein Hauptfaktor von weitgehender Bedeutung sollte nicht übersehen werden, und das ist der Umstand, daß der Vorrat an geeignetem Holz zur Herstellung dieser Cellulosemasse stets beschränkt ist, und daß zwischen 30—100 Jahre erforderlich sind, neue Baumkulturen soweit zu bringen, daß sie zu dieser Cellulosefabrikation zu gebrauchen sind, während Jute in jedem Jahre frisch wächst und reift. Schon aus diesem Grunde kann man der neuen Konkurrenz ruhig entgegensehen. Außerdem aber, je knapper das Rohmaterial wird, desto höher steigen die Einkaufs- und Herstellungspreise des Fabrikats, denn es gibt nur verhältnismäßig wenig passendes Holz für diesen Zweck, und Neuanbauten erfordern zu lange Jahre, so daß nicht annähernd der bestehende Bedarf an Säcken im Lande gedeckt werden könnte. Das deutsche Syndikat müßte nun wieder einen neuen Ertrag für sein eben erst erfundenes Celluloseprodukt erfinden, um die Jute-Industrie aus der Welt zu verdrängen. Es sind eben zwei ganz verschiedene Sachen, ein fein durchdachtes Patent zu erwerben, oder dieses wirklich dauernd nutzbringend zu verwerten. Viele Syndikate haben die Erfahrung schon machen müssen.

Versehene Papierketten bei Pinksops.

Zu diesem Gegenstande erhalten die „Wochenberichte der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie“ eine Zuschrift, die auch für unsere Leser von Interesse sein dürfte. Berührt sie doch ein Uebel, das namentlich die Weber schon recht oft sehr unangenehm empfunden haben. Die Zuschrift lautet:

„In früheren Jahren wurden Baumwollschußgarne fast ausschließlich auf kurze, ca. 30—40 mm lange Papierhüllen gesponnen. Bei Verwendung dieser kurzen Hüllen ergibt sich ein ziemlich hoher Prozentfuß Abfall aus folgenden Ursachen:

Wenn das Garn an den Kopsstippen nicht ganz sorgfältig fest gewunden ist, so entsteht ein unreiner Kopsstanz, wodurch beim Aufsteden der Bobine auf die Schiffenstindel Fadenkreuzungen verursacht werden, welche jedesmal zu Fadenbruch, Stillstand des Webstuhles, sowie zu Garnverlust führen.

Die Kopsse kommen auf dem Transport leicht zu Schaden, selbst wenn sie sorgfältig gesponnen sind, und es entstehen die gleichen Verluste wie bereits geschildert.

Diesem Uebelstand suchte man mit Verwendung durchgehender Hülsen abzuhefen, womit zwar eine bedeutend höhere Hülsentara mit in Kauf genommen werden muß, aber andererseits ein viel besseres Ablaufen erzielt wird, da Verwirrung und Fadentrennung im Innern der Koppe wegsallen.

Bedingung für ein gutes Arbeiten ist aber die Verwendung von gut passenden Schützen, welche den Hohlraum der Papierkanette ganz ausfüllen und möglichst rund und gleichmäßig anliegen.

Da nun beinahe jede Spinnerei andere Hülsenkaliber hat, ja sogar einzelne Spinnereien für dieselben Garn verschiedene Hülsen verwenden, passen die Schützen selten richtig zu den Kops, und die Weber sind gezwungen, sich durch Ausfüllen der Spindeln mit Holz- oder Pappstreifen zu helfen. Dazu gehört aber eine gewisse Geschicklichkeit, da der Querschnitt der Spindel leicht oval wird und dann die Bobinen, besonders am unteren Ende, nicht mehr ablaufen und die Reste in den Abfall wandern. Manche Bobine fährt aus diesem Grunde überhaupt von der Spindel und ist nicht mehr zu gebrauchen. Die Anwendung auswechselbarer verschiedener dicker Spindeln geschieht nur mit teilweisem Erfolg, da Webermeister nicht gern davon gehen und die Hülsenkaliber zu sehr differieren, um immer die passende Spindelgröße zur Hand zu haben.

Der Wert der Durchhülse wird durch diese Umstände sehr herabgemindert und eine Unmenge von Differenzen entstehen mit den Webern, welche des vielen Abfalls wegen oft mit Unrecht getadelt werden.

Es entsteht nun die Frage, ob es nicht möglich sein sollte, für die Hülsenkaliber gleiche Normen in allen Spinnereien einzuführen, bezw. die Spinnereimaschinenfabriken so weit zu bringen, daß in Zukunft alle Spindeln nach Normalkalibern hergestellt werden und auf diese Weise die Spinnereien nach und nach durch an und für sich erfolgende Reorganisationen und Neubauten Verwendung von gleichen Schützhülsen gebracht werden.

Ein gewisser Vorteil böte sich den Spinnern selbst, da nur einerlei Hülsen auf Lager zu halten wären.

Die Hülsenfabrikanten erzielen ohne Zweifel ein leichteres Arbeiten, da ihre Maschinen immer nur dieselbe Hülsen zu erzeugen hätten, wodurch wieder ein viel gleichmäßigerer Ausfall zu erreichen wäre.

Der Hauptvorteil allerdings würde den Webereien zufließen, aber damit dem Gesamtwohl, denn viele hunderttausend Mark, welche jetzt jahraus, jahrein in den Abfall wandern, blieben dem Nationalvermögen erhalten.

Wärdten sich die Spinnerverbände mit dieser Angelegenheit befassen und sie zu einem erfolgreichen Ende führen."

Aus dem Verbandsgebiete.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Es ist leicht erklärlich, daß in den bisherigen Zuschriften die Lokalbeitragsfrage den ersten Platz behauptet und ebenso erklärlich ist es, daß die Meinungen hierüber verschieden sind. Wenn es nämlich an das Portemonnaie geht, dann möchte sich mancher hieran solange vorbeidrücken, wie es eben geht. Ich würde es aber durchaus verzieht finden, diese Frage allein zu einer Portemonnaiefrage zu machen und darüber die Notwendigkeitsfrage nicht zu beachten. Zudem stellt sich der geforderte Betrag doch auch nicht so hoch, daß er nicht aufzubringen wäre. Vielleicht trifft auch hier das Wort zu, daß der Wille schwerer fällt wie die Tat selbst. Wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg.

Meine Absicht ist es nicht, diese Frage noch weiter zu erörtern, sondern auf andere Fragen im Statut überzugehen, um auch diese der weiteren Diskussion zu unterstellen.

Beginnen wir mit der Kleinstunterstützung. Diese beginnt mit dem Wochenbeitrag von 30 Pfg., während der Mindestbeitrag für erwachsene Kollegen doch 40 Pfg. beträgt. Da unsere lieben Kolleginnen doch wohl schwerlich mit dem Sträuschen am Hüte und dem Stab in der Hand von Ort zu Ort wandern, so hat diese Bestimmung wenig Wert und es könnte anstelle der 30 Pfg.-Beitragsklasse die 40 Pfg.-Klasse gestellt werden.

Dann die Bestimmungen über die Monatsbeiträge.

Wer nach dem Wortlaut des Statuts nach 52 Beitragswochen infolge Alter, Krankheit oder Invalidität nicht mehr beruflich tätig sein kann, oder in einem andern Beruf übergeht, für den keine christliche Organisation besteht, kann Monatsbeiträge zahlen; ebenso auch solche Arbeiterinnen, die infolge Heirat die Hausarbeit aufgeben. Durch die monatliche Weiterzahlung sichern sich die Mitglieder das Anrecht auf die geleisteten Beiträge und das Sterbegeld. Im eigentlichen Sinne kann man dieses als eine Sterbekasse bezeichnen. Allen Anschein nach werden solche Mitglieder noch als vollzahlende Mitglieder weitergeführt.

Diese Bestimmungen sind doch zu weitgehend und bedürfen einer Abänderung.

Der eigentliche Zweck des Monatsbeitrages ist beinahe ausschließlich der, daß den Mitgliedern, die jahrelang dem Verbandsangehörig haben, auch im Alter und bei Invalidität der Anspruch auf das Sterbegeld nicht verloren geht.

Hierbei ist auch zu beachten, daß 3/4 der Einführung des Sterbegeldes als weitere Unterstützung nur die Streit- und Genossenschaftsunterstützung besteht, wodurch diese Einrichtung ja noch ihre besondere Berechtigung hatte.

Heute liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Nach Ablauf des ersten Jahres beginnt das Anrecht auf die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, welche in jedem Falle bedeutend höher ist, wie die Jahresbeitragssumme. Die Rechte der Mitglieder überwiegen also nach Ablauf des ersten Jahres die Pflichten. Warum kann ich auch nicht die Notwendigkeit einsehen, daß schon nach 52 Beitragswochen eventuell Monatsbeiträge gezahlt werden können, um den Anspruch auf Sterbegeld auch nach Ausscheid zu erhalten.

Hierdurch wird dem Verband unter Umständen eine Leistung zugemutet, die zu der Dauer der Mitgliedschaft und den gezahlten Beiträgen in gar keinem Verhältnis steht. Werden diese Mitglieder nun auch noch als wirkliche Mitglieder in den Listen weitergeführt, dann muß für dieselben jedenfalls doch auch der volle Betrag an den Gesamtverband, wie auch zur internationalen Kasse abgeführt werden.

Dasselbe Verhältnis haben wir ja auch in den Ortsgruppen, welche einem Kartell angeschlossen sind. Rechnet man nun noch die Zustellung des Verbandsorgans, dann wird jeder einsehen, daß die Aufwendungen auch hier ganz bedeutend sind.

Auch für die Kolleginnen, die nach kurzer Mitgliedschaft infolge Heirat aus dem Berufe austreten, hat die Weiterzahlung der monatlichen Beiträge wenig Wert, weil alsdann in der Regel sich die Beiträge mit der Zeit höher stellen, wie das Sterbegeld bemessen ist.

Meine Ansicht geht nun dahin, daß nur solche Mitglieder Monatsbeiträge entrichten können, welche mindestens 260 volle Wochenbeiträge gezahlt haben, ferner, daß sie nicht als Verbandsmitglieder, sondern nur als Mitglieder der Sterbekasse getrennt geführt werden.

Auch halte ich es für verfehlt, daß die Vertrauensleute den monatlichen Beitrag abholen und jede Woche die Zeitung austellen müssen.

Für die Einzahlung der Beiträge müßten die Mitglieder der Sterbekasse selbst sorgen, wie es auch bei andern Kassen der Fall ist.

Für solche Mitglieder, welche in einem andern Beruf übertreten, für den keine christliche Organisation besteht, müßte die Bestimmung eingeführt werden, daß sie auch nach dem Berufswechsel die vollen Beiträge zu zahlen hätten.

Mit den gleichen Argumenten möchte ich auch einer Einschränkung der Sterbeunterstützung das Wort reden, und zwar in der Weise, daß diese auch erst nach 156 oder 260 Wochenbeiträgen zur Auszahlung kommt.

Selbstredend müßte diese Einschränkung auch auf die Unfallunterstützung zutreffen. Weitere Einschränkungen der Unfallunterstützung in Bezug auf die Unfallart oder den Umfang der Unterstützungsberechtigten würde ich nicht empfehlen, da hierzu doch sowieso nur berufstätige und vollzahlende Mitglieder in Betracht kommen.

M. G. ist in den angeführten Veränderungen, ganz abgesehen von den der Jetztzeit angepaßten Verhältnissen, eine finanzielle Besserstellung der Zentralkasse zu erwarten.

Wenn es sich auch um keine fünfstelligen Zahlen handeln wird, so soll man doch auch nicht kleine Zahlen achsellos beiseite schieben, sondern denken, viel Kleines macht schließlich ein Großes.

Ferner möchte ich, wenn auch nicht als Ersatz, so doch als Beihülfe für den Fortfall der Ortsgruppenprozente, vorschlagen, daß die Eintrittsgelder voll den Ortsgruppen verbleiben. Dies würde zugleich auch ein Agitationsmittel sein, indem ein Teil des Aufnahmegebeldes für die Gewinnung neuer Mitglieder verwendet werden könnte.

Bezüglich der Einnahmen aus Abbonnements möchte ich vorschlagen, daß diese entweder ebenfalls den Ortsgruppen überwiesen, oder aber die Zeitungen nur durch die Post bezogen werden können. Den noch vorhandenen Ehrenmitgliedern (neue Ehrenmitglieder dürfen nach einem früheren Generalversammlungsbeschlusse nicht mehr aufgenommen werden) könnten dann noch bis zum Abgang die Zeitung zugestellt werden. Auf diese Weise würde auch den Vertrauensleuten manche Mühe an Zeit und Geld gespart werden und die Ortsgruppen würden mit der Zeit dazu kommen, daß nur allein die vollzahlenden Mitglieder zu bedienen wären.

Soweit meine Ausführungen, welche ich hiermit der Deffentlichkeit und der Kritik anheimgebe.

R. P. in S.

Nur noch kurze Zeit trennt uns von der diesjährigen Verbandsgeneralversammlung und allerorts ist man an der Arbeit, die Erfahrungen der letzten zwei Jahre zu sammeln, um sie für den Verband dienbar zu machen. Eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen ist schon dazu übergegangen, ihre Ansichten und Wünsche im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Da gibt es manches, dem man zustimmen kann, aber auch manches, was man unbedingt ablehnen muß. Mit den Ansichten des Kollegen aus Sachsen-Thüringen in Nr. 28 vom 13. Juli kann man sich einverstanden erklären. Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, eine möglichst starke Kriegskasse zu erhalten und deshalb alles vermeiden, was unsere Kasse zu sehr in Anspruch nimmt.

Nicht einverstanden erklären können wir uns mit den Ausführungen der Kollegen aus Oberpfalz und Gutskirchen. Eigenhändig berührt es uns, wenn man sieht, daß es gerade Kollegen aus besser bezahlten Gegenden sind, die da glauben, Lokalbeiträge nicht einzuführen zu können und als Grund angeben, am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt zu sein. Derartige Ansichten sind weit übertrieben. Ja, wenn Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute solche Worte aussprechen, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die übrigen Mitglieder sich dies zu eigen machen. Wenn aber die dortigen Kollegen glauben, am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt zu sein, wo sollen denn aber die Mitglieder in denjenigen Bezirken bleiben, wo die Verhältnisse bedeutend schlechter sind. Wenn es möglich ist in Gegenden, wie Schießen, Sachsen und in der Lausitz, wo Durchschnittslöhne von 8,10 bis 14 Mark an der Tagesordnung sind, Lokalbeiträge einzuführen, dann muß dies dort, wo weit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden sind, erst recht möglich sein. Und gerade hier, in den Domänen der Genossen, wo die Verhältnisse viel schlechter sind als dort wo unser Verband ansitzlaggebend ist, haben fast alle Ortsgruppen bereits notwendige Lokalbeiträge eingeführt und trotzdem keinen Mitgliederabgang zu verzeichnen gehabt. Im Gegenteil, die Zahl der Mitglieder ist noch gestiegen. Einige Ortsgruppen, welche den Lokalbeitrag noch nicht beschlossen haben, sind mit aller Energie an der Arbeit dies in allernächster Zeit, mindestens bis zum 1. Oktober zu tun.

Ein Kollege aus Gutskirchen glaubt am besten an den Bezirkskonferenzen sparen zu können, indem dieselben einfach in Wegfall kommen sollten. Hier muß man unbedingt der

Redaktion in ihrer Nachschrift beipflichten, wenn sie schreiben, daß die Kollegen von Gutskirchen jedenfalls mit ihrer Ansicht allein bleiben werden. Die Bezirkskonferenzen sind für unsern Verband eine so wichtige Einrichtung, daß sie überhaupt nicht fortfallen dürfen. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß es nicht schaden würde, wenn derartige Zusammenkünfte noch mehr abgehalten werden würden als bisher. Die Unkosten für eine Bezirkskonferenz sind minimal. Die Vorteile für den Verband dagegen sind groß, wenn die Anregungen, die dort gegeben werden, auch Folge geleistet wird.

Mit der gänzlichen Abschaffung der Ortsgruppenprozente sind auch wir nicht einverstanden, weil es Ortsgruppen gibt, die mit dem wöchentlichen Lokalbeitrag überhaupt nicht auskommen können. Deshalb machen wir den Vorschlag, die Ortsgruppen fünf Prozent der gesamten Einnahmen zu lassen.

In der Jugendfrage stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß in dieser Beziehung mehr wie bisher getan werden muß. Wir müssen unter allen Umständen darnach trachten, die Jugend für uns zu interessieren und zu gewinnen. Es kein bloßer Schläger, wenn man sagt, „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft“. Um die Jugend für uns zu gewinnen sollen wir auch nicht vor einem kleinen Opfer zurückschrecken. Wir schlagen deshalb vor, Jugendliche bis zu 16 Jahren von der Zahlung des Eintrittsgeldes zu befreien. Nun wird manch einer sagen, wer in den Verband will, der wird auch gerne 30 Pfg. Eintrittsgeld bezahlen. Dies mag zutreffen bei denjenigen, welche von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt sind. Deren wird man jedoch nicht viele bei der Jugend finden; denn diese müssen erst noch erzogen und von der Notwendigkeit überzeugt werden. Jedenfalls aber würde uns dies kleine Opfer die Agitation unter den Jugendlichen bedeutend erleichtern. Wenn auch das Eintrittsgeld nicht so hoch bemessen ist, so hat uns doch die Erfahrung gelehrt, daß mancher gerade vor dem Eintrittsgeld zurückschreckt.

Mag auch dieser Vorschlag hier oder da nicht sehr sympathisch aufgenommen werden, so ist er doch wert, einmal allen Ernstes erörtert zu werden.

Ein Kollege aus der Nieder-Lausitz.

Die weitaus größte Mehrzahl der Einsender ist noch für die Einführung von Lokalbeiträgen eingetreten und das mit Recht, denn es gilt nichts mehr und nichts weniger als die Aktionsfähigkeit unserer Berufsorganisation zu erhalten und zu verstärken. Nur glaubt Einsender dieses, daß man nicht überall den richtigen Augenblick zur Einführung der Lokalbeiträge benutzt hat. Schon fast seit Jahresfrist ist diese Frage akut und jedem weitschauenden Gewerkschaftler muß es klar sein, daß dieselbe über kurz oder lang eingeführt werden. Dementsprechend mußte auch die ganze Arbeit eines Ortsgruppenvorstandes eingestellt werden. Es mußte eine gründliche Aufklärungsarbeit beginnen und dann bei irgend einer Veranlassung gewerkschaftlicher Art, sei es was es wolle, mußte die Einführung vollzogen werden. Man wird finden, daß es bedeutend leichter ist, als man es sich gedacht hat. Nur etwas mehr Mut, oder wie es beim Militär heißt „Mut bei allen Dienstbliegenheiten“. Sage niemand unsere Mitglieder sind nicht opferwillig; nein, unsere Mitglieder sind im hohen Maße opferwillig. Sie bezahlen ihre Beiträge in der Gewerkschaft, im Arbeiterverein und was der katholische Teil anbelangt im Volksverein usw. Aber wenn schon die Vorstände nicht so recht für solche Reformen zu haben sind, wie dann die Mitglieder, die doch mehr oder weniger den Vorstand als Vorbild nehmen? Also nochmals, etwas mehr Mut!

Ich will nicht mehr auf unser Unterstützungsreglement eingehen, denn die Diskussion in diesem Organe hat schon mit großer Deutlichkeit ergeben, daß die größte Mehrzahl nur für eine Wenderung der Arbeitslosenunterstützung zu haben ist, und zwar dahingehend, daß die Berechnung der einzelnen Arbeitslosentage in Wegfall kommen soll und m. G. kann dieses auch wohl als zweckmäßig bezeichnet werden.

Eine andere Frage ist es, welche ich noch für viel wichtiger halte, die ja auch auf der Generalversammlung eine gründliche Besprechung erfahren soll, die Jugendfrage. Es ist schon in unserem Organe mehrfach dazu Stellung genommen worden und auch schon Vorschläge nach dieser Richtung hin gemacht worden. Als vornehmste Pflicht der Generalversammlung betrachte ich es nun, auf die Vorstände und auch auf die Mitglieder einzuwirken, daß der Frage unseres Nachwuchses etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird und auch, daß ist von Wichtigkeit, ihr Betragen den Jugendlichen gegenüber so einzurichten, daß wir sie für unsere Bewegung gewinnen können. Unsere Mitglieder, und insbesondere die Vorstandsmitglieder, müssen dadurch, daß sie sich der Jugendlichen annehmen, ihnen bei der Arbeit behilflich sein, sie einer Ansprache würdigen, dafür Sorge tragen, daß die Jugendlichen Vertrauen erhalten und dieses muß dann benutzt werden, um ihnen allmählich unsere Ideen einzupflügen. Vollständig ausrichtlos ist wohl unsere ganze Jugendagitation, wenn die Mitglieder kalt und herzlos an den Jugendlichen vorübergehen und ihnen als Lehrlingen vielleicht noch einige herunter hauen. Wenn in dem angegebenen Sinne der Jugendagitation vorgearbeitet wird, kann man ganz bestimmt auf Erfolge rechnen. Es sind kleine Mittel, aber von weittragender Bedeutung. Hierfür liefert den Beweis die Ortsgruppe, der ich angehöre, wo gerade der Jugendagitation erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Hatten wir doch von 660 Mitgliedern 272 unter 21 Jahren. Möge denn die Generalversammlung nicht nur dahin wirken, daß unsere Aktionsfähigkeit verstärkt, sondern auch dahin, daß unserer Jugend etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Fried. Artkötter, Borchhorst.

Immer näher rückt die Zeit heran, wo in Oberfeld die Delegierten der einzelnen Bezirke zur Verbandsgeneralversammlung zusammen kommen, um zu beraten, welche Wege für die fernere Entwicklung unseres Verbandes eingeschlagen werden sollen. Einer der schwierigsten Punkte wird wohl die Stärkung der Zentralkasse sein. An Vorschlägen dazu wird es wohl nicht fehlen. Am meisten dürfte wohl auf die

obligatorische Einführung von Sozialbeiträgen hingewiesen werden. Im Grunde genommen wäre dieses auch das einfachste und beste Mittel. Ob es aber gegenwärtig prakt. sich durchführbar ist, möchte ich noch bezweifeln. Wenn man die Lohnverhältnisse der einzelnen Bezirke in Betracht zieht, muß man doch auch zugeben, daß bei den jetzigen Beitragsverhältnissen in einzelnen Gegenden die Einführung von Sozialbeiträgen nicht zu empfehlen ist. Dies gilt gerade für uns in Baden und besonders für das Elstal, wo noch Löhne bezahlt werden, für männliche Arbeiter 2,30 bis 2,80 M. pro Tag. Selbst den besten Webern ist es kaum möglich, ihr Verdienst auf 3 M. oder etwas mehr täglich zu steigern. Auch muß man hier in Betracht ziehen, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft noch nicht das nötige Interesse für die gewerkschaftliche Organisation besitzt. Es gibt auch wieder viele, die dem Verbandsbeitritt widerstehen, wenn die Beiträge nicht so hoch wären. Wenn die Generalversammlung beschließen würde, allen Mitgliedern die wöchentlichen Beiträge von 20 Pfg. an freizustellen, dann könnte es eher möglich sein, die vollen Beiträge an die Zentrale abzuliefern. Wenn dann die Unterstützungen auch dementsprechend geregelt würden, glaube ich, daß die Zentralkasse einen ganz erheblichen Vorteil hätte und in den Gegenden, wo der Verband bisher noch keinen rechten Boden gewinnen konnte, wäre es vielleicht auch eher möglich, ihm mehr Eingang zu verschaffen. Die Stärkung der Zentralkasse hätte keinen großen Wert, wenn der Verband nicht auch nach außen, in der Mitgliederentwicklung, besser erstarke würde. Diejenigen Ortsgruppen, die schon in der Lage sind, den größten Teil der örtlichen Arbeiterschaft in sich zu vereinigen, dürften auch ein großes Interesse daran haben, wenn in anderen Gegenden die Organisation besser vorwärts kommt. Haben doch auch sie einen großen Vorteil, wenn dadurch die Schmuckkonkurrenz besser beseitigt wird. Auch wäre sehr zu empfehlen, keine neuen Unterstützungsarten einzuführen. Die Zusammenzählung der einzelnen Arbeitslosentage könnte man ja fallen lassen, da ja die Arbeiter, die bei schlechter Konjunktur 1-2 oder mehr Stunden pro Tag weniger arbeiten dürfen, vom Verbandsbeitrag keine Unterstützung erhalten.

Unsere Ansicht geht nun dahin, daß nicht nur die Frage über die Stärkung der Zentralkasse zur Sprache gebracht wird, sondern auch die Frage, wie wir unsere Mitgliederzahl in die Höhe bringen. Wenn da die Hausagitation in den Vordergrund gestellt wird, so möchte ich doch bemerken, daß die Erhöhung der Beiträge (die Sozialbeiträge gelten auch als solche) nicht dazu angetan sein wird, der Hausagitation große Erfolge zu sichern.

Josef Eisenmann, Kollnau.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Mg bei Senden (Bayern).

Eine erfolgreiche Lohnbewegung. Nachdem die hiesigen Betriebe eingegliedert sind in die große Weberei und Spinnerei Augsburg-Persee und die dortige Arbeiterschaft in einer Lohnbewegung stand, so war es höchst an der Zeit, daß auch die hiesige Arbeiterschaft sich aufrüstete, schon deshalb, weil die hiesigen Löhne bedeutend niedriger sind, als wie in dem Hauptbetrieb in Persee. Unser Bezirksleiter, Kollege Geier-Augsburg, erläuterte in einigen Fabrikversammlungen die in Augsburg aufgestellten Forderungen, die dann mit einigen Änderungen auch an unsere Betriebsleitung eingereicht wurden. Nun können wir hier gleich konstatieren, daß in diesem Jahre die Direktion ein viel freundlicheres und besseres Entgegenkommen zeigte, als wie im vorigen Jahre. Im allgemeinen wurde eine Lohnzulage von 3 bis 10 Prozent gewährt. Leider sind einige Tagelöhner, ferner die Mittelstufenarbeiter auf Betteln unberücksichtigt geblieben. Im Interesse des allgemeinen Friedens wäre es gelegen, wenn die Direktion auch diesen wenigen noch ebenfalls eine Aufbesserung bewilligen würde. Mit Freuden konstatieren wir auch, daß in diesem Jahre der Kampf gegen die Organisierten von Seiten der Vorgesehenen nicht mehr so scharf geführt wird wie im vorigen Jahre. Die Urheber jener Heße werden selbst eingesehen haben, daß sie ein unehrliches Spiel getrieben und die Organisation doch nicht vernichten konnten. Auch sollten sich diese Herren gar nicht darüber wundern, wenn durch die Verächtlichmachung der Organisation manchem Arbeiter mal ein scharfes Wort entlockt ist. Das ist eben deutsche Sitte, daß jeder sich seiner Haut wehrt. Weiter konnte man der Arbeiterschaft nichts nachsagen, als daß sie organisiert war. Ist das etwa ein Verbrechen? Warum sind denn die Arbeitgeber und auch die Meister organisiert? Etwa aus Luxus? O nein! Wirtschaftliche Organisationen sind kein Luxus, sondern für unsere Zeitverhältnisse eine bittere Notwendigkeit, ganz besonders aber für die Arbeiterschaft. Das mögen sich aber auch mal diejenigen gesagt sein lassen, die sich bis jetzt immer noch nicht entschließen konnten, mit einzutreten in die Reihe der Organisierten, durch deren Einwirkung die jetzige Lohnerhöhung gekommen ist. Das Errungene nun aber auch zu erhalten und bei gegebener Gelegenheit das Fehlende noch nachzuholen, dazu bedarf es erst recht immer einer starken Organisation.

Bamberg.

In den Streik eingetreten. Am 13. Juli reichten hier 39 Maschinenhechler der mechanischen Seilerwarenfabrik die Kündigung ein. Die Arbeiter hatten, gezwungen durch die andauernde Teuerung aller Lebensmittel und der Steigerung der Preise für Mieten und Kleidungsstücke, der Firma eine Forderung um eine 10prozentige Erhöhung ihrer Löhne eingereicht; sie fanden aber bei der Firma nicht das allergeringste Entgegenkommen. Sie ließ sich noch nicht einmal zu einer Verhandlung herbei über die von den Maschinenhechlern erhobene Forderung. Ja, sie pro-

vozierte sogar die Arbeiterschaft dadurch, daß sie wiederholt den Vertretern der Arbeiter erklären ließ, daß sie gar nichts bewilligen würde, weil statt einer Erhöhung eine 20prozentige Lohnkürzung viel eher am Platze sei. Daraufhin erfolgte dann die Kündigung der Löhne durch die Maschinenhechler. Die Firma kündigte nun ihrerseits, angeblich weil der regelmäßige Betrieb mangels Materials nicht voll ausreicht erhalten werden könnte, 99 weiteren bei der Hausverarbeitung beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen. Kurz vor Ablauf der Kündigungsfrist wurde sowohl vom Arbeiterausschuß wie auch von den Vertretern unseres und des deutschen Textilarbeiterverbandes nochmals um eine Verhandlung bei der Firma nachgesucht. Aber die Firma ließ sich auch da zu keiner Verhandlung herbei.

Es ist nun das erste Mal seit Bestehen der Seilerwarenfabrik, daß Arbeiter dieses Betriebes in einen Streik eingetreten sind, wie überhaupt bis jetzt, abgesehen von einigen wilden Streiks, noch in keinem bamberger Textilbetriebe durch Anwendung des Streiks den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Nachdruck gegeben worden ist. Die streikenden Maschinenhechler sind alle, mit Ausnahme eines einzigen, Mitglieder unseres und des deutschen Textilarbeiterverbandes. Die Sache der Streikenden ist gerecht und steht auch ganz gut, da der Geschäftsgang in der Seilerwarenfabrik gegenwärtig überaus günstig ist. Wenn die Streikenden, was aber gar nicht zu befürchten ist, sich durch nichts Kopfscheu machen lassen und wenn sich niemand findet, der den Streikenden in den Rücken fällt, dann ist die Firma gezwungen, schon in ganz kurzer Zeit den gesamten Betrieb zu schließen. Es würden in diesem Falle dann über 600 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigungslos. Wir wollen aber hoffen, daß es die Firma nicht soweit kommen läßt, sondern recht bald in Verhandlungen mit den Arbeitervertretern wegen der von der Arbeiterschaft gestellten Lohnforderung eintritt.

An dieser Bewegung verdient vor allen Dingen von der Arbeiterschaft die Tatsache Beachtung, daß nicht nur allein gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, sondern daß auch Unorganisierten getündigt wurde. Die gewerkschaftlich noch nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen mögen daraus erkennen, daß die Annahme durchaus irrig ist, als ob die Unternehmer die Unorganisierten niemals ausschließen würden. Wenn auch bei dieser Bewegung die Firma den Unorganisierten eine Unterstützung in Aussicht stellte, so haben wir aber doch auch erfahren können, daß die Firma schließlich nur solchen Arbeitern eine Unterstützung auszahlte, die Unmöglich den kämpfenden Kameraden in den Rücken fallen und für diese die Arbeit verrichten wollen. Davon muß aber alle Kollegen und Kolleginnen das Ständebewußtsein und die Arbeiterehre abhalten. An dem Ausgang des Kampfes sind nicht nur allein die Maschinenhechler, sondern die Gesamtarbeiterschaft interessiert. Alle müssen bedenken, daß, wenn die Maschinenhechler den Kampf verlieren, sich die Verhältnisse für die Gesamtarbeiterschaft verschlechtern werden. Eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen haben aus der Bewegung die einzig richtige Lehre gezogen und sich gewerkschaftlich organisiert und dadurch den andern ein gutes Beispiel gegeben.

M.-Glöblich.

Die Weber der Firma Gebr. Schippers reichten Samstag, den 3. August, wegen Nichtinhaltens des Tarifvertrages von Seiten der Firma, geschlossen die Kündigung ein.

Mühlhausen i. E.

Zu Streik stehen hier die Spinner, Anseher, Kartenarbeiter und Heizer der Firma Kullmann (Abteilung Spinnerei). Die Streikenden, bis auf einige wenige sozialdemokratisch organisiert, fordern den freien Samstagvormittag, Anerkennung der Organisation, Anerkennung eines Arbeiterausschusses, Erhöhung der Anseherprozentage von 67 auf 70 Prozent, Festsetzung eines Minimallohnes für die Spinner. Seit dem 24. Juli steht der ganze Betrieb, in dem sonst etwa 325 Arbeiter beschäftigt sind, still. Die Betriebsleitung verhält sich den Forderungen der Streikenden gegenüber durchaus ablehnend und haben überhaupt Verhandlungen seit der Arbeitsniederlegung keine stattgefunden. Da beide Teile entschlossen scheinen, nicht nachzugeben, wird der Streik wohl längere Zeit dauern.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich bis jetzt keiner Organisation angeschlossen haben — von denen, die unzeitweilig feiern müssen, ist es noch ein ziemlich beträchtlicher Teil — haben nun die Folgen ihres Leichtsinnes zu tragen. Denn nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Betrieb nicht mehr aufrecht zu erhalten war, wurden sie gerade so wie die Organisierten auf die Straße gesetzt. Während aber die Organisierten allwöchentlich ihre Streikunterstützung abheben können, müssen jene, die doch bisher am schlauesten glaubten gehandelt zu haben, mit leeren Händen ausgehen. Hoffentlich ziehen sie hieraus bald die richtige Lehre.

Unterdessen greift die Streikbewegung weiter um sich. So haben Samstag, den 27. Juli, auch die Anseher und Aufseher der Firma Mieg u. Co. ihre Kündigung eingereicht. In zwei Wochen werden also auch diese in Streik stehen, wenn bis dahin keine Einigung erzielt wird. Von den „roten“ Spinnern, die anfangs auch entschlossen waren, die Kündigung einzureichen, hat bis jetzt noch keiner gekündigt, da die Spinner, die Mitglied unseres Verbandes sind, sich geweigert haben, die Kündigung einzureichen; hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Zeitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes es nicht der Mühe wert gehalten hat, mit der Leitung unseres Verbandes irgendwie Fühlung zu nehmen. Offen erklärte man in den Betriebsversammlungen, die Bewegung ohne die „Christlichen“ machen zu wollen. Die

Leitung des „roten“ Verbandes, die nun bereits erreicht hat, daß ihre eigenen Mitglieder den Beschluß, zu kündigen, im entscheidenden Augenblick nicht mehr aufrecht erhielten, mag nun sehen, wie sie für die Arbeiterschaft Verbesserungen herausholt.

Mühlhausen i. E.

Eine 10 prozentige Erhöhung des Affordlohnes hat die Firma Kullmann (Weberer Köchlinstr.) auf einige Artikel einwirken lassen. Wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, sahen wir uns letzthin genötigt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse genannter Firma etwas unter die Lupe zu nehmen. Erfreulicherweise hat unsere damalige Kritik etwas genutzt, denn die Firma besserte die Affordlöhne einiger besonders schlecht bezahlter Artikel auf. Auch besseres Garn soll den Arbeitern, wie uns berichtet wurde, beschafft worden sein.

Das rasche Eingreifen der Firma verdient vollste Anerkennung. Es liegt jedoch nicht im Interesse der Firma, immer erst zu warten, bis schlechte Zustände in die Öffentlichkeit gebracht werden. Demnach täte die Firma gut, um ferneren Unannehmlichkeiten vorzubeugen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter von Zeit zu Zeit einer genauen Untersuchung zu unterwerfen und zu verbessern, was verbesserungsbedürftig ist. Damit dürfte wohl beiden Seiten, den Arbeitern sowohl wie der Firma, am besten gebient sein.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Burtscheid. Am 23. Juli hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Punkt eins der Tagesordnung lautete: Wahl eines ersten Vorsitzenden und Ergänzungswahl für den Vorstand. An Stelle des Kollegen Dahmen wurde der Kollege Hubert Supperly mit großer Majorität zum ersten Vorsitzenden gewählt. Als Vorstandsmitglied für den ausgeschiedenen Kollegen Kempert wurde der Kollege Leonhard Corban gewählt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Weber über die Notwendigkeit der Einführung eines Sozialbeitrages. Nach den überzeugenden Ausführungen des Redners, der an Hand von Tatsachen die Notwendigkeit einer Stärkung unserer Zentralkasse nachwies, entspann sich eine ausgiebige, sachliche Diskussion. Die Versammlung beschloß, nachdem Bezirksleiter Weber einige vorgebrachte Einwände richtig gestellt hatte, vom 1. Oktober d. J. ab einen Sozialbeitrag von 5 Pfg. pro Woche einzuführen. Gegen 11 1/2 Uhr fand die Versammlung ihr Ende.

Embsbetten. Den Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis, daß die Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung am Sonntag, den 11. August, vorgenommen werden soll. Diefelbe soll in der Zeit von 9 1/2 Uhr vormittags bis 12 1/2 Uhr mittags vollzogen werden, und zwar in folgenden Lokalen: Heimr. Wücker, Herm. Wähning, Gemersich und Wiltz, Baumann. Die Kolleginnen und Kollegen erhalten die Stimmzettel durch die Vertrauensmänner zugestellt und können in einem beliebigen der genannten Lokale zu der angegebenen Zeit ihre Stimme abgeben. Es ist Pflicht der Kolleginnen und Kollegen, daß sie sich alle an der Wahl beteiligen.

Erzingen. Unsere Mitgliederversammlung am 11. Juni wies einen guten Besuch auf. Der Kollege Rießer-Säckingen hielt einen Vortrag über: „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.“ Die Mitglieder folgten diesem Vortrage mit fichtlichem Interesse. Auch die agitatorischen Erfolge sowie die materiellen Errungenschaften in unserem Bezirk besprach Redner ausführlich. Nachdem noch eine Vertrauensperson gewählt war, nahm die Versammlung folgende Anträge an, die zur Generalversammlung in Oberfeld gestellt werden sollen: 1. die Einführung der Sozialbeiträge soll den einzelnen Bezirken freigestellt werden; 2. alle Beitragsklassen sind frei zu geben; 3. die Rassenbücher der Ortsgruppen sollen vereinfacht werden. Nachdem noch drei anwesende Gäste als Mitglieder aufgenommen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Hof (a. Saale). Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher liefert der sozialdemokratische Textilarbeiterverband. Am 17. Juli legten die im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter der Firma Mech. Weberei Georg Wänsch u. Co., Abteilung Lindenstraße, die Arbeit nieder. Grund: eine unorganisierte Arbeiterin widersetzte sich dem Drängen der sozialdemokratischen Agitatoren, worauf von der Firma die Entlassung der betr. Arbeiterin gefordert wurde. Die Firma war einseitig genug, diesem Drängen nicht nachzugeben, darum die Arbeitseinstellung. Am Montag, den 22., ist dann die Arbeit wieder bedingungslos aufgenommen worden.

Nicht nur gegen unorganisierte Arbeiter richtet sich diese terroristische Gefahren, sondern auch gegen die Arbeiter anderer Organisationen. Wenn sie sich dann ihrer Haut wehren und gezwungen sind, in der Öffentlichkeit gegen derartige Vergewaltigungen zu protestieren, dann schreien sich sozialdemokratische Agitatoren den Hals wund über vermeintliche Feinde des freien Koalitionsrechts. Wo diese sitzen, ist aus obigem leicht ersichtlich.

Lobberich. Der zahlreiche Besuch unserer am 21. Juli stattgefundenen Generalversammlung war ein Beweis für das große Interesse, welches unsere Mitglieder der Tagesordnung „Wann soll von unserer Ortsgruppe ein Sozialbeitrag (wöchentlich 5 Pfg.) eingeführt werden“ entgegenbrachten.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden teilte derselbe zuerst die vom Wahlkomitee vorgeschlagenen Kandidaten für die diesjährige Verbandsgeneralversammlung mit. Sämtliche Anwesenden erklärten sich mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Hierauf referierte der Kollege Stielz über den eigentlichen Punkt der Tagesordnung. Eingang seiner Ausführungen teilte derselbe mit, daß eine am 22. Juni stattgefundene Fördererversammlung der Ortsgruppe Lobberich sowie eine am 29. Juni abgehaltene Vorstandskonferenz der dem Sekretariat Lobberich angehörenden Ortsgruppen einstimmig beschloßen hätten, zu versuchen, bis zum 1. Sept. d. J. die Einführung von Sozialbeiträgen durchzuführen. In seinen weiteren Ausführungen wurde vom Referenten hervorgehoben, warum Sozialbeiträge eingeführt werden müßten, und aus welchen Gründen es praktisch sei, die Einführung schon jetzt vorzunehmen. Der lebhafteste Beifall am Schluß bewies, daß die Lobbericher Arbeiterschaft notwendig gewordenen Reformen

in unserem Verbande Verständnis entgegenbringt. In einer nun sehr rege einsetzenden Diskussion wurde von keiner Seite gegen die Einführung der Lokalbeiträge gesprochen. Wohl wurde von einigen Kollegen die Ansicht geäußert, es könne mit der Einführung doch gewartet werden, bis die Verbandsgeneralversammlung die Einführung obligatorisch beschließen hätte. Nachdem der Referent noch kurz auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner näher eingegangen war, wurde zur Abstimmung geschritten. Mit Ausnahme von zwei stimmten sämtliche Anwesende für die Einführung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. ab 1. September.

In seinem Schlusswort ermahnte der Kollege Stiels die Anwesenden mit derselben Begeisterung, womit der Beschluß zustande gekommen sei, auch auf die nicht anwesenden Mitglieder einzurwirken, damit auch sie von der Notwendigkeit dieser Neuerung überzeugt würden.

Marktreutwig. „Neues Leben blüht aus den Ruinen“ kann unsere Ortsgruppe von sich sagen. Zählt sie doch seit einigen Wochen fast doppelt so viele Mitglieder wie früher; und was die Hauptursache ist: sie haben Verständnis für die hehre Sache, der sie dienen. Hoffnungsfreudig können wir in die Zukunft sehen; und dies alles ist gekommen durch eine systematische Hausagitation. Sie hat eben vor allem den Vorzug, weil sie am gründlichsten ist. So war unsere Versammlung am 20. Juli zwar gut besucht, besser wie früher, aber immerhin läßt der Versammlungsbesuch noch zu wünschen übrig. Interessant und lehrreich waren die Ausführungen des Kollegen Müller-Bamberg, der über das Thema: „Brennende soziale Zeit- und Streitfragen“ referierte.

An dieser Stelle möchten wir den Wunsch äußern, daß sich unsere Kolleginnen mehr an der Hausagitation beteiligen. Nur wenn wir unermüdetlich im Dienste der guten Sache arbeiten und ausdauern, wird der Segen nicht ausbleiben. „Wie die Saat, so die Ernte!“

Oberforstbach. Eine gut besuchte Versammlung der Textilarbeiter und Bauhandwerker hatten wir am 21. Juli in Lichtenbusch zu verzeichnen. Es galt an erster Stelle, einen Beschluß zu fassen, dem neugegründeten Ortsrat für „Oberforstbach und Umgegend“ beizutreten. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Friesdorf-Machen über den Zweck und die Aufgaben eines Kartells, wurde der Beitritt zum Kartell einstimmig beschlossen. Der Vorstand jetzt sich zusammen wie folgt: Kollege Stiel (Vorsitzender), Kollege Herberich (Vizevorsitzender), Kollege Deder (Textilarbeiter) Kassierer. Den Kollegen von Lichtenbusch wurde der 2. Vorsitzende zuerkannt. Zweifels- ohne bedeutet die Gründung eines Kartells einen Fortschritt für unsere Bewegung am Orte. Es ist jetzt Sache der Kolleginnen und Kollegen, die Pläne, die wir uns vor- gezeichnet haben, tatkräftig mit fördern zu helfen. Was hier besonders nützlich, die Schulung und Ausbildung rednerischer Kräfte, wird hoffentlich schon bald durch Abhalten von Unterrichtskursen in die Wege geleitet und so dürfen wir hoffen, daß dort die Kolleginnen und Kollegen von den Textilarbeitern gut vertreten sein werden. Die kleinen Opfer, die wir uns hierdurch in unserem eigenen Interesse auferlegen, werden sich gut lohnen.

Odenkirchen. Unsere am 30. Juni abgehaltene General- versammlung hat nach einem aufklärenden Vortrag unseres Kollegen Fischer einstimmig die Einführung eines wöchent- lichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. beschlossen. Es ist daher vom 3. August an Pflicht eines jeden Mitgliedes, diesen Beitrag zu entrichten. Es liegt ja im Interesse eines jeden Kollegen, dafür zu sorgen, daß unsere Zentralkasse zu jeder Zeit in der Lage ist, den Ansprüchen, die an sie gestellt werden, nachzukommen. Da nun in letzter Zeit durch unser Unterhaltungs-system sowohl wie durch Streiks und Aus- sperren diese Ansprüche sehr groß geworden sind und wir auch in Zukunft fast bei jeder Bewegung mit einer Ausper- rung rechnen müssen, werden wir auch dieses Opfer gerne im Interesse unserer guten Sache bringen. Wir wollen hoffen, daß kein Mitglied unserer Ortsgruppe dieserhalb dem Ver- bande den Rücken kehrt. Der Vorstand ist bereit, jedem Kollegen, der in dieser Beziehung an ihn herantritt, noch nähere Aufklärung zu geben.

NB. Da wir Anfang August einen studentischen Arbeiter- kursus in Deutsch und Rechnen abhalten, möchten wir den Mitgliedern dringend ans Herz legen, sich recht zahlreich zu beteiligen. Anmeldungen nehmen die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute entgegen.

Aus dem Königreich Sachsen. Ein neuer Ver- richtungsfeldzug gegen die christlichen Gewerkschaften wird wieder einmal von dem bekannten Dr. Erdmann unternommen. Diesmal hat er sich Sachsen zuwenden. Sag sein, daß das Fortschreiten der christlichen Gewerkschaften in Sachsen den Herren Genossen Kopfzerbrechen macht, mag auch sein, daß sie den Boden vorbereiten wollen zum Kongress der christlichen Gewerkschaften in Dresden. In Bautzen, Romsen, Ober-Neutitz und Demitz-Thumitz fanden letzte Woche große Versammlungen statt. Auf den Einladungzetteln wurde schon Herr Dr. Erdmann als der „beste Kenner der christlichen Gewerkschaften“ vorgestellt und sonst allerlei zug- kräftige Schlager angewandt, um die Versammlungen zu füllen. Die christlichen Gewerkschaften waren eingeladen und auch in Bautzen zahlreich erschienen. Dr. Erdmann redete über: „Wie sollen wir uns organisieren und wohl- steuern die christlichen Gewerkschaften.“ Herr Erdmann kennt, weiß was er geredet hat. Alle Phrasen wieder aufgewärmt und den Inhalt seines dreibleibigen Buches vorgelesen, nur daß der Gewerkschaftsleiter und der Bergarbeiterführer dem Herrn Doktor noch Gelegenheit gab, häßliche Bemerkungen zu machen und die Arbeiter konsequenzlos zu verhasen und ein- übriges zu tun. Kollege Drepper-Berlin trat Dr. Erdmann gegenüber und wies die Widersprüche Dr. Erdmanns nach, hielt ihm seine eigenen Ansprache und Artikel aus der „Arbeiter-Zeitung“ vor und zwang so Erdmann Farbe zu bekennen. Er gab dem auch zu: die freien Gewerkschaften seien sozialistisch, es sei selbstverständlich, daß sie die Sozial- demokratie moralisch und finanziell unterstützen müssen und daß diese wiederum die Kirche — ob katholisch oder evan- gelisch — bekämpfen müsse. Er rechnete es den Sozialde- mokraten zur Ehre an, daß sie nicht glauben und auf den Zwischenschritt hört hört meinte er, es wäre schade, wenn es anders wäre. Drepper mußte nach 1 1/2 Stunden seine sehr oft durch gemeine Zwischenfälle unterbrochenen Ausführungen abbrechen, weil er am Weiterreden verhindert wurde. Der Spektakel und die Geringschätzung der Wahrheit, die den Genossen gesagt wurden, war so groß, daß die Versammlung alsbald geschlossen werden mußte. Sagen wir zwei wun- derbährige Zeugen über die Versammlung urteilen: Die „Bautzener Nachrichten“ (Nr. 175) schreiben:

„Als Herr Drepper Vergleich zog zwischen christlich- nationalen und sozialdemokratischen Gewerkschaften und das Kapitel „Masse und Führer“ bei den letzteren erwähnte, war

kein Weiterreden mehr. Mitten in der Aussprache ließ der Vorsitzende — jeder Geschäftsordnung zum Hohne — ab- stimmen und der Redner wurde gezwungen, Schluß zu machen. Mit einigen Bemerkungen über den „Mut“ der Herren, die Wahrheit mit anzuhören, schloß Herr Drepper seine Aus- führungen unter Zischen und Spektakel auf der einen, Beifall auf der anderen Seite. Die Redezeit wurde jetzt auf 10 Minuten festgesetzt und es kamen nur noch zwei Redner von christlicher Seite (Vogt und Sparenberg) zu Worte, dann wurde Schluß der Debatte angenommen, obwohl sich noch eine ganze Anzahl christlich-nationaler Redner gemeldet hatten und vollständige Redefreiheit zugesichert war. Herr Vogt wies vor allem auf den Widerspruch hin, daß man die christ- lich-nationalen Gewerkschaften als bedeutungslos hinstellte und als nicht vorhanden in der Lausitz und trotzdem zur Ver- richtung derselben das schmerzte Geschäft auftrug und sich sogar die „besten Kenner der christlichen Gewerkschaften“, wie es in der Einladung hieß, Dr. Erdmann aus Köln kommen lasse. Herr Sparenberg warf Herrn Dr. Erdmann „Zitäten- fälschungen“ vor, worauf dieser nichts zu erwidern mußte. Zwischendurch verspürten einige „Genossen“ das Bedürfnis, eine Kauferei zu veranstalten. Mehrere Male stürmten sie die Tische der Gegner und konnten nur mit Mühe von be- sonnenen Elementen an Gewalttaten verhindert werden. Nach einem kurzen Schlusswort von Herrn Dr. Erdmann, das ihm sichtlich schwer fiel und in dem er versuchte, das ihm gründlich verdorbene und zerschlagene Porzellan wieder zusammenzuleimen, wurde die sehr stürmisch verlaufene Ver- sammlung unter Gejohle geschlossen. Die Gegner hatten es jetzt nicht leicht, das Lokal zu verlassen. Zu hunderten um- standen die „Genossen“ die Tische, warfen mit Bierflügen, machten höhnische, gemeine Bemerkungen, um zu reizen. Die christlichen Arbeiter ließen sich jedoch nicht aufs Glatteis locken, so daß die raufstüchtigen Genossen nicht auf ihre Rech- nung kamen. Diese Versammlung beweist wieder, daß sachliche Auseinandersetzungen mit Sozialdemokraten unmöglich sind.

Das „Bautzener Tageblatt“ (Nr. 175) meint: „Die sonst bei politischen Versammlungen auf sozialdemokratischer Seite streng aufrecht erhaltene Ordnung und Ruhe dem Gegner gegenüber (?) hatte man leider fast gänzlich außer Acht ge- lassen. . . . Das Schlusswort sprach Herr Dr. Erdmann, der, ebenso wie die Veranstalter, mit dem äußeren Erfolge und dem Resultat der gestrigen Versammlung kaum zufrieden sein dürfte. Sie bot, alles in allem, ein recht unerquickliches Schauspiel, das nur geeignet war, den Unbeteiligten abzustößen und darum besser unterblieben wäre.“

Wag Herr Dr. Erdmann, der Spezialist im Verunglimpfen und Verleumdungen der christlichen Gewerkschaften, weiter durchs sächsische Land ziehen, er wird das Vorwärtsschreiten der christlich-nationalen Gewerkschaften auch hier nicht hindern.

Baals. Sonntag, den 14. Juli, hielt unsere Orts- gruppe ihre Quartalsversammlung ab. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung hätte die Versammlung einen besseren Besuch aufweisen können, besonders, da die Mit- glieder durch Laufzettel eingeladen waren. Nach Erledigung des Kassienberichts und nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt worden war, verbreitete sich Kollege Weber über die Notwendigkeit der Stärkung unserer Zentralkasse. An Hand von Zahlenmaterial bewies derselbe, daß, wenn der Verband in Zukunft seinen Aufgaben gerecht werden wolle, die Ein- nahmen der Ortsgruppen reiflos an die Zentralkasse ab- geföhrt werden müßten. Für die laufenden Ausgaben am Orte müßte dann ein Lokalbeitrag erhoben werden. Eine Stärkung der Zentralkasse sei um so notwendiger, als sich in den letzten Jahren die Machtverhältnisse zwischen Arbeit- geber- und Arbeitnehmerorganisationen in der deutschen Textilindustrie zu Ungunsten der Arbeiter verschoben haben. Wollen die Arbeiter das Errungene festhalten und weitere Fortschritte in Bezug auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen, so müssen sie weitere Opfer bringen. Mit Jammern und Klagen werden die Verhält- nisse nicht gebessert, sondern nur durch zielbewusste Arbeit und Opferfreudigkeit. Nachdem Kollege Weber zum Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Vortrages noch eine Reihe immer wiederkehrender Gründe gegen eine kleine Erhöhung der Beiträge ins rechte Licht gestellt, wurde die Diskussion eröffnet. Alle Redner sprachen sich für die freiwillige Ein- führung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. pro Woche ab 1. Oktober d. J. aus. Der Antrag des Ortsgruppenvorstan- des, welcher in diesem Sinne lautete, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Sodann wurde der Vorsitzende, Kollege Manns, einstimmig als Delegierter zur Verbands- generalversammlung gewählt. Zum Punkt „Anträge an die Verbandsgeneralversammlung“ wurden zwei Anträge aus der Versammlung gestellt und beraten. Der erste forderte, daß eine achtstägige Karenzzeit bei der Arbeitslosenunter- stützung, unter Ausschaltung der Aufrechnung der einzelnen Arbeitslosentage, eingeföhrt würde. Der zweite Antrag for- derte eine dreitägige Karenzzeit bei der Arbeitslosenunter- stützung, ebenfalls unter Ausschaltung der Einzeltage. Nach längerer Diskussion wurde der erste Antrag abgelehnt, der zweite mit großer Majorität angenommen und der Vorstand beauftragt, denselben zu formulieren und an den Zentral- vorstand einzufenden. Nach einem kurzen, aufmunternden Schlusswort des Vorsitzenden fand die schon verlaufene Ver- sammlung ihr Ende.

Widrath. Unsere Generalversammlung am 14. Juli war ziemlich gut besucht. Der 1. Punkt behandelte den Geschäfts- und Kassienbericht: derselbe wurde vom Kassierer, Kollegen Volk, gegeben. Die Revisoren erklärten, alles in bester Ordnung gefunden zu haben.

Punkt 2 betraf die Stellungnahme zur Verbandsgeneral- versammlung. Es wurden folgende Anträge beschlossen: 1. die einzelnen Arbeitslosentage fortlassen zu lassen, 2. die zum Militär einberufenen Kollegen sollen jährlich um Wei- nachien eventuell vor dem Manöver eine Unterstützung von 3-5 Mark, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, erhalten. Der Hauptpunkt unserer Tagesordnung war die Einführung des Lokalbeitrages. Nach einem lehrreichen Vortrage des Kollegen Heintmann aus Dörschdorf wurde mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, den Beitrag zum 1. Oktober freiwillig einzuföhren.

Unter Punkt Verschiedenes wurde das Sommerfest am 1. August im Lokale von Peter Frenzen besprochen. Nach einer kurzen Ermahnung des Vorsitzenden Kollegen Häges an die Mitglieder, auch die Nichterfahrenen über die Notwendigkeit des Lokalbeitrages aufzuklären, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Briefkasten.

Infolge längerer Abwesenheit unseres Redakteurs, Kollege Heintmann, sind mehrere Zuschriften liegen geblieben.

Versammlungskalender.

- Blaumberbach. 11. August, 2 Uhr, bei Edmund Schneid Saaten.
- Elberfeld. 17. August, 8 1/2 Uhr, bei Herttenrath, Klobbal Reuth b. Kalbenkirchen. 11. Aug., 5 1/2 Uhr, bei Franz Dücker Generalversammlung.
- Neuwert. 10. August, 9 Uhr, bei Kommerstirchen.
- Sorau N.-L. 15. August, 8 Uhr, im Lokale zu den „D. Linden“ Monatsversammlung.
- Weißenburg i. B. 10. August, 8 Uhr, im Hofspiz, Delegierte wahl.

VI. Agitationsbezirk Münster i. W.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 29. September, in Münster statt. Die Wahl der Delegierten ist nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Tagesordnung, Lokal und Zeit der Versammlung werden den Ortsgruppen noch bekannt gegeben. Mit kollegialem Gruß!

H. Camps, Bezirksleiter.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Theodor Lausberg in Worden.
 - Wilhelm Schmitz in Odenkirchen.
 - Emil Hengstwerth in Schwelm.
 - Karl Mensch in Colmar.
 - Johann Kohnen in Walheim.
 - Engelbert Waldschott in M.-Gladbach.
 - Franz Niessen in Neersen.
 - Hermann Dreiers in Krefeld.
 - Karl Bendix in Neumünster.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Appretur der Seiden-, Halbsiden- und Samtgewebe. Von Walthar Kneipcher. Mit 24 Ab- bildungen. (Bibliothek der gesamten Technik, Band 204.) Preis in Ganzleinen gebunden M. 1,80. (Leipzig 1912, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.)

Es fehlte bisher an einem leicht verständlichen Werk über die Appretur der Seiden-, Halbsiden- und Samt- gewebe, und wir begrüßen es daher mit besonderer Freude, daß sich hier ein erfahrener Fachmann bereit gefunden hat, einen Ueberblick über dieses Fachgebiet zu geben. Der Verfasser behandelt zunächst die Appretur- mittel und ihre Bestimmung, die Zubereitung der Appre- turmaschinen, die Appreturpräparate und geht dann aus- föhrlieh auf die Appretur der Seiden- und Halbsiden- gewebe (Aufhäumen, Sengen, Vorkalandern, Gummieren, Niegeln, Quetschen, Spritzen, Zwischenbrechen, Spannen, Kalandern, Kolorieren, Brechen, Pressen, Messen, Legen, Aufrollen, Verpacken) ein. In gleicher Weise wird dann die Appretur der Florgewebe, dann die der Seiden- und Samtbänder behandelt und zum Schluß werden noch besondere Appreturverfahren: Moirieren, Gaufrieren oder Pressen, wasserdichte Appretur, feuerfichere Appre- tur, Perlimitationen, Veloutieren von Samt usw., Band- schneiden aus der Stückware behandelt. Ein ausföh- liches alphabetisches Sachregister ermöglicht ein rasches Nachschlagen und 24 Abbildungen erleichtern das Ver- ständnis des Textes. Wir empfehlen das gut aus- gestattete, preiswerte Buch allen Interessenten.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Der VI. internationale Kongress christlicher Textilarbeiterorganisationen. — Die Gelben. — Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie. — Die Frauen- bewegung. — Allgemeine Handschau: Kardinal-Gräblich- Fischer. — Die christlichen Gewerkschaften, eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit. — Welche Eigenschaften er- fordert die Betätigung in der Gewerkschaftsbewegung? — Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland eine staatliche Notwendigkeit. — Aus dem Lager der „Gelben“. — „Gelbe“ Werkvereine, nationalliberale Parteiklub- Konsumvereine und Sozialdemokratie. — Gesellschaft für Soziale Reform und die soziale Gesetzgebung in Deutschland. — Die augenblicklichen Aufgaben der Krankenkassen. — Aus unserer Industrie: Ersatzstoffe für Jute. — Verschiedene Papierarten bei Pinksop. — Aus dem Verbandsgebiete: Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohn- bewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Ag bei Senden (Bayern). — Bamberg. — M.-Gladbach. — Mü- lhausen i. E. — Berichte aus den Ortsgruppen: Wirt- scheid. — Sasleben. — Erzingen. — Hof (a. Saale). — Lobberich. — Marktreutwig. — Oberforstbach. — Odenkirchen. — Aus dem Königreich Sachsen. — Baals. — Widrath. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.